



STREIK IN WINTERTHUR Kämpfende Busfahrer_innen	4
US-BLOCKADE Angriff auf Kubas revolutionäre Errungenschaften	6
WALTER RODNEY Antikolonialer Marxismus	8
ARBEITSKAMPF Erfahrungen aus Berlin	12



USA

Von der alten zur neuen Weltordnung

Der Militärschlag der USA und Israels gegen den Iran begann mit der gezielten Bombardierung einer Schule. Später folgten Flächenbombardements und Angriffe auf zivile Infrastruktur. Eine Einordnung, worauf die amerikanische Kriegslust basiert.

(az) Dass dieser Krieg mörderisch ist, verheimlicht von Beginn weg niemand. Auf die Frage nach den möglichen Opfern antwortete Trump jüngst schulterzuckend: «Wenn du in den Krieg gehst, werden einige Menschen sterben.» Einmal mehr liegt eine ganze Region in Trümmern. Die weiteren Folgen sind vorhersehbar: Auf den tödlichen Krieg folgen Instabilität, Hunger und neue Not, schon alleine, weil zentrale Handelsrouten unterbrochen sind und davon einmal mehr die ärmsten Länder dieser Welt besonders betroffen sein werden. Dass die USA ihre Vormachtstellung auch militärisch absichern, ist nicht neu. Von Bushs Golfkrieg über Obamas und Bidens Drohnenkriege bis hin zu Trumps Militärschlägen in aller Welt gehört es auch zur jüngeren Kontinuität der amerikanischen Politik, ständig Kriege in unterschiedlicher Intensität zu führen. Immer unterstützte man dabei Israel in seinen genozidalen Ambitionen, und immer war der Iran Projektionsfläche imperialistischer Gellüste. Dennoch stellt sich die Frage, warum die Regierung Trump jetzt auf eine besondere Eskalation setzt, und mitunter ohne viel strategischem Denken agiert.

Verschiedene Kontexte

In der Frage nach den Ursachen spielen Trumps Person, die ideologischen Überzeugungen seines Regierungspersonals und die ökonomischen Interessen des Kapitals als prägende Kräfte zusammen, auch wenn sie unterschiedlich stark oder auch nur indirekt zum Tragen kommen. Wie sich dieses Zusammenspiel konkret denken lässt, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Jeff Colgan anhand des Öls angedeutet. Von den sieben Ländern, in denen Trump in seiner zweiten Amtszeit militärisch intervenierte, sind fünf grössere Ölproduzenten. Für Colgan ist klar, dass das statistisch kein Zufall sein kann. Öl setzt, laut Colgan, in all diesen Fällen den Kontext der amerikanischen Politik, auch wenn seine Rolle nicht überall gleich gewichtig ist. Mal geht es um dessen direkte Kontrolle, mal legt es nur die Basis dafür, dass diese Regionen bestimmte politische Formierungen hervorbringen. Man muss den weiteren Thesen Colgans nicht folgen, aber methodisch sind die Überlegungen dahinter hier wertvoll: Verschiedene Kontexte – ideologische wie materielle gleichermaßen – prägen die imperialistische Politik der USA. Dazu gehört neben dem bereits angesprochenen Öl und dazugehörigen Energiefragen die Konkurrenz mit China, die Expansionslust, eine rechte Konterrevolution, die in der Brutalität des Krieges ein Zeichen von Stärke sieht,

und als Moment, in dem all das zusammenkommt, die Neuausrichtung am Ende des Neoliberalismus.

Energiepolitik als Imperialismus

Die amerikanische Pressesprecherin Karoline Leavitt schrieb einige Tage nach dem Beginn des Krieges gegen Iran stolz, dass die USA dank Trumps Führung der grösste Öl- und Gasproduzent blieben. Hierfür werde die Regierung die «amerikanische Energiedominanz» weiter ausbauen, auch dank «unserem neu gefundenen Öl in Venezuela». Zugleich versicherte man den verunsicherten Ölhändlern und Reedereien Unterstützung: Das ganze «Energie-Team» von Trump werde für Sicherheit an der Strasse von Hormuz sorgen, schliesslich habe man «dafür geplant». Eine Regierungssprecherin, die nach einem imperialistischen Überfall von neu erschlossenem Öl spricht und offenlegt, dass die Regierung lange auf genau dieses Szenario hingearbeitet hat, wäre früher ein Skandal gewesen. Heute spricht man sowohl in Pressekommentaren als auch in öffentlich zugänglichen Strategiepapieren offen darüber: Energiepolitik ist imperialistische Machtpolitik, und die USA wollen darin führend sein.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Europa: Bei jeder Schweinerei mit dabei
- 4 Streik: Wer gewinnt Winterthur?
- 5 Suizid: Sterbehilfe im Kapitalismus – Teil 2
- 6 Kuba: Zwischen Marktöffnung und Revolutionärem Erbe
- 8 Antikolonialer Marxismus: Wie Europa Afrika unterentwickelte
- 9 Frauenstreik 1907: «Genosse, wenn du Marocain rauchst, bist du ein Verräter»
- 10 Ein Tor zur Hölle: In Zürich kennen wohl alle die Bäckeranlage. Sieht die «Bäcki» eigentlich schon immer so aus wie heute?
- 11 Rojava: Revolution ist, Blumen auf einem Boden aus Stein zu pflanzen
- 12 Arbeitskampf: «Wir können etwas verändern, wenn wir es selbst in die Hand nehmen»

Archiv: Nach dem Sechseläuten kommt der 1. Mai.
- 14 LMV: Auswege aufzeigen
- 15 Kulturtipps: «Der Kern ist unzerstörbar», «Posadism, UFOs and Apocalypse Communism» und «Roter Sessel»
- 16 Ausstellung: «Wir Saisonniers»

POLITISCHE GEFANGENE

Wir ehren Sara Ardizzone und Sandro Mercogliano, anarchistische Militante, die am 20. März in Rom kämpfend gefallen sind.

Sara und Sandro sind während der Vorbereitung einer bewaffneten Aktion gefallen. Jenseits aller konkreten Umstände liegt der Sinn ihres Opfers vollständig in der revolutionären Entschlossenheit, in der menschlichen Großzügigkeit und in der militanten Konsequenz, die sie auf ihrem Lebensweg unter Beweis gestellt haben.

Es wird genau mit diesen wesentlichen Qualitäten möglich sein, die verschiedenen Widerstände in einen neuen revolutionären Prozess zu verwandeln. Sara und Sandro war klar, dass sich Klassenbewusstsein, Entschlossenheit und Kräfte, die für einen revolutionären Prozess notwendig sind, nur auf der Ebene des offenen Konflikts entwickeln können. In einer Gesellschaft wie der unseren, in der noch immer sozialer Kompromiss, Zersetzung und Unterordnung herrschen, sind es konkrete Wege des Bruchs, die Einheit zwischen Vorschlag und Praxis sowie die entsprechende militante Entwicklung, durch die man Einfluss nehmen, Breschen schlagen und Perspektiven eröffnen kann.

Staat und Kapital haben die demokratische Maske abgelegt. Kriege, Verwüstung und Plünderung, Völkermord – schamlos begangen – führen zurück zu ihrem konstitutiven Wesen, zu ihrer ökonomischen Funktionsweise selbst, zu ihren Ursprüngen.

Die Fronten des Widerstands in der Welt sind unsere Bezugspunkte, unsere Quellen der Kraft, um die es sich zu vereinen und von denen zu lernen gilt. Sara und Sandro sind genau in dem Versuch gefallen, diese Solidarität und diese Perspektive zu konkretisieren – mit derselben Großzügigkeit, mit der so viele Kämpferinnen und Kämpfer auf der Welt ihr Leben geben. Und darin, wie in den besten revolutionären Epochen und wie es die Dramatik der gegenwärtigen historischen Krise erfordert, lässt sich ein konkreter Internationalismus, eine revolutionäre Zukunft begründen.

Ehre Sara und Sandro und allen, die kämpfend für die Revolution fallen!
Kapitalismus zerschlagen, Solidarität aufbauen!

Rote Hilfe International
Zürich – Konferenz März 2026



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Kämpferische 8-März-Demo nimmt sich die Strasse.

Editorial

(red) Es gab schon einfachere Momente ein Editorial zu schreiben für eine erst in einem Monat erscheinende Zeitung, als heute. Heute, wo der US-Imperialismus jegliche Bremsen gelöst hat und den Globus in zuweilen irrational erscheinender Manier mit Kriegen und Drohungen überzieht. Wo er zu diesem Zwecke auch die bisherigen Werkzeuge seiner Hegemonie – summarisch als «Weltordnung» bezeichnet – zu zerschlagen genötigt scheint und in Folge davon überall auf der Welt Neuordnungskriege ausbrechen. Die Zeit der Monster; wer weiss schon was in einem Monat ist?

Der 1. Mai wird sein. Das immerhin wissen wir. Und das ist nicht wenig. Denn der 1. Mai ist mehr als ein Tag. Der 1. Mai ist uns Erinnerung und Vorsatz für die ungebrochene Existenz der Revolution. Er weist uns den Weg, wie er Millionen vor uns den Weg gewiesen hat: Auf die eigene Kraft zu bauen um eine Welt zu gewinnen.

Die eigene Seite zu stärken, die vielfältigen Perspektiven kämpfend auf der Strasse zusammenzutragen, die Kraft der Solidarität mitsamt ihrer historischen und internationalen Dimension zu spüren – all das geht weit über den 1. Mai hinaus.

Denn Zeiten der Unordnung sind immer auch Zeiten der Chancen, Zeiten der Brüche sind Zeiten der sich öffnenden Räume. Um diese Chancen zu erkennen und die Räume zu besetzen, brauchen wir eine starke revolutionäre Bewegung – eine Bewegung, die nicht zuschaut oder hinterher rennt, sondern voller Feuer und Zuversicht voranschreitet. Was gäbe es also für schönere Gewissheiten auf dieser Welt, als dass der 1. Mai bevorsteht.

Für neue Leser_innen:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

EUROPA

Bei jeder Schweinerei mit dabei

Im Krieg der USA und Israels gegen den Iran sind Basen in Europa wichtige Drehscheiben. Zeitgleich regen sich europäische imperialistische Gelüste, um ihre eigenen Interessen kriegerisch durchzusetzen.

(gpw) Während in Genf die iranische Delegation in den Nuklearverhandlungen durch die US-Delegation hingehalten wird - der omanische Aussenminister Badr Albusaidi, der bei den Gesprächen als Vermittler wirkte, sprach noch davon, dass ein Abkommen «in Griffweite» sei - werfen die Luftwaffen der USA und Israels am 28. Februar Bomben über den Iran ab. Es ist offenkundig, dass die Verhandlungen aus US-Sicht bloss vorgeschoben waren, und nur nachvollziehbar, dass Parteien in künftigen Konflikten höchst skeptisch auf vergleichbare «Gesprächsangebote» der USA blicken werden. Wozu reden, wenn zeitgleich die Exekution der politischen Führung eines Landes angeordnet wird?

Vereint eröffnen der imperialistische und der zionistische Staat die nächste Front. Es scheint weniger klar, weswegen und wozu die Trump-Administration genau jetzt zu genau dieser Eskalation schritt, wenn man mal vom Offenkundigen absieht, dass dieser Imperialismus nur unbedingte Unterordnung kennt und dafür zu jedem Mittel bereit ist. Bezugspunkte wie die Souveränität eines Landes gelten nichts. Das Völkerrecht ist endgültig ein Geschwätz von gestern, das nicht mal mehr zwecks gesellschaftlicher Legitimation beigezogen wird. Die Münchner Sicherheitskonferenz, die ihrerseits kein Tummelfeld pazifistischer oder progressiver Positionen ist, nannte es «eine Phase der Abrissbirnenpolitik» hinsichtlich der Nachkriegsordnung. In dieser Beschreibung (und einzig darin) ist ihnen zuzustimmen.

Klarer ist die Zielsetzung des israelischen Staats, der seine Agenda in Palästina, Libanon, dem Iran und Syrien vorantreibt. Der Krieg wird intensiviert, der Feind vernichtet. Am Ende sollen alle Bedrohungen des zionistischen Projekts fallen, damit Israel unangefochtener regionaler Hegemon wird. Das deckt sich bestens mit den strategischen Interessen der USA und ihrer Bündnispolitik mit den arabischen Staaten. Entsprechend ist es glaubwürdig, dass das israelische Ziel im Iran nicht etwa «regime change», sondern «failed state» ist, damit aus den Trümmern nichts erwachsen kann, das Bedrohung werden könnte. Die Vorbilder dieser Politik sind Syrien oder Libyen. Die wiederkehrenden Bombardements des Evin-Gefängnis in Teheran, in dem die politischen Gefangenen des theokratischen Staates sitzen, lassen sich vor diesem Hintergrund erklären.

Europa: Drehscheibe des US-Kriegs...

Dadurch, dass der iranische Staat in seiner Reaktion auf den Angriff den Krieg verallgemeinert und die Verbündeten der USA und Israels ins Visier nimmt, um den Preis dieses Hölletritts für die Angreifer in die Höhe zu treiben, wird deren Rolle hervorgehoben. Nebst den arabischen Staaten trifft es ebenso politische oder militärische Objekte europäischer Länder in der Region. Die Komplizenschaft dieser



Anschlag der Roten Armee Fraktion gegen den US-Stützpunkt in Ramstein (1981): «wer gegen den imperialistischen Krieg kämpfen will, muss für die Zerstörung des imperialistischen Systems kämpfen.»

Staaten mit der oben skizzierten Politik im Nahen Osten ist nichts Neues. Schliesslich haben Teile der internationalistischen Solidaritätsbewegung mit Palästina in den vergangenen Jahren immer wieder an diesem Punkt angesetzt, um die Fortsetzung des Genozids zu erschweren. Schon da taten sich unsere Mächtigen mit allerlei Kapriolen hervor, um die Verbindungen und Unterstützungen mit und für Israel zu relativieren, zu kaschieren oder zu leugnen.

Dabei ist die europäische Beteiligung so klar, dass die Leugnung nichts nützt. «Unsere Kräfte, Stützpunkte und Infrastruktur nutzen die strategische Geographie des Kontinents [Europa] und erlauben den USA, schnell Kräfte zu verschieben, Operationen aufrechtzuerhalten und dem Präsidenten verschiedene militärische Optionen über verschiedene Kriegsschauplätze anzubieten,» so beschreibt es US-General Grynkewich (Oberkommandierender der NATO und Kommandant des European Command der US-Streitkräfte) am 12. März vor dem Senat. Natürlich gibt es Unterschiede, inwieweit welche Basen in Europa in den Krieg gegen den Iran eingebunden sind. Aber alle sind sie Teil eines operativen militärischen Plans, in dem Europa Drehscheibe für den Krieg ist (vgl. aufbau 118).

...und eigenständiger Kriegstreiber

Die Stützpunkte der US-Air Force in Grossbritannien und Deutschland sind jene, die gegenwärtig am offensivsten genutzt werden. Von Gloucestershire und Spangdahlem aus starten Bomber, die danach direkt zum Angriff

im Iran übergehen. Wortwörtlich: Der Krieg beginnt hier. In anderen Ländern sind die Stützpunkte weniger offensiv eingebunden, erfüllen aber wichtige zurückversetzte Funktionen, um die Angriffsketten aufrechtzuerhalten. US-Tankflugzeuge sind in Griechenland und Portugal stationiert, die sicherstellen, dass die Jets möglichst lange in der Luft bleiben können. Und schliesslich fungiert eine weitere Gruppe von Flugplätzen - wie in Italien oder der Türkei - entweder zur Wartung des Kriegswerkzeugs oder als Zwischenhaltstation, wenn es Verlagerungen aus den USA auf die US-Stützpunkte in Jordanien, Qatar oder Saudi-Arabien gibt. So konkretisiert sich die Nützlichkeit Europas aus Sicht der USA.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, Europa lediglich auf seine Rolle als Handlanger des US-Imperialismus zu beschränken. Angesichts der Blockade der Strasse von Hormus haben europäische Mitglieder der G7 - Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Italien - gemeinsam mit anderen Staaten die Initiative ergriffen und eine Beteiligung an einem künftigen Militäreinsatz in der Meeresenge in Aussicht gestellt. Natürlich geht es damit um die Sicherstellung eigener Interessen. Denn während Rohstofffirmen und Finanzunternehmen vom Krieg profitieren können, sind andere Wirtschaftssektoren von der Blockade unmittelbar bedroht. Der Iran wird diese Militärpräsenz kaum hinnehmen, zumal die Kontrolle der Meerenge offenkundig strategisch wichtig ist, weswegen sich der Flächenbrand des imperialistischen Kriegs wohl weiter ausbreiten wird.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Farbe gegen Switzerland Global Enterprise (SGE)

Wir haben am Abend des 8. März, dem internationalen Frauenkampftag/feministischer Kampftag, dem Switzerland Global Enterprise einen Besuch abgestattet. **Jin Jiyan Azadi!**

Die Switzerland Global Enterprise (SGE) ist eine Organisation, die im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) des Schweizer Staates arbeitet, um Schweizer Kapital bei internationalen Investitionen zu unterstützen. Sie bietet Beratungsdienste, organisiert Handelsmissionen und fördert die Expansion des Schweizer Kapitals auf globaler Ebene. Das SECO spielt dabei eine Schlüsselrolle, indem es die Rahmenbedingungen für Freihandelsabkommen schafft und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu verschiedenen Ländern fördert.

Ein zentraler Teil dieser Strategie sind Investitionen in Länder wie die Türkei, Marokko und die USA, die für das globale Kapital attraktive Märkte und Ressourcen bieten. In der Türkei etwa wird das faschistische Regime von Erdogan durch die SGE und das SECO als stabile Grundlage für Investitionen genutzt, um Profite zu generieren. Diese geopolitischen Beziehungen dienen vor allem der Sicherstellung von Handelsvorteilen und der Ausweitung des Einflusses des Schweizer Kapitals in diesen Regionen.

Die SGE haben in der Türkei einen eigenen Sitz. Mit diesem sogenannten Hub schaffen sie vereinfacht und direkt Verbindungen zwischen dem schweizer und türkischem Kapital. Durch das Freihandelsabkommen, welches vor 5 Jahren erneuert wurde, wird dies zusätzlich begünstigt.

Allgemein gesehen schaffen Freihandelsabkommen verbesserte Bedingungen für das Kapital um in anderen Ländern Arbeitskräfte auszubeuten und Profit zu maximieren. Sie dienen nie den Interessen der Arbeiter_innen der jeweiligen Ländern sondern stets der Bourgeoisie. Sie sind Klassenkampf von oben gegen unten. Ein Freihandelsabkommen mit der Türkei ist zusätzlich eine Unterstützung eines faschistischen Regimes auf wirtschaftlicher und auch politischer Ebene.

Der von der HTS geführte Krieg gegen die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien Rojava, wird stark von der Türkei unterstützt. So kämpfen türkisch gesteuerte Banden wie die SNA Seite an Seite mit der HTS, türkische Drohnen helfen mit Angriffen aus der Luft und zusätzlich mobilisierte die türkische Armee Bodentruppen an die Grenzen zu Rojava. Auch die Belagerung von Kobane, hält nur durch türkische Unterstützung bis heute an. Das faschistische AKP/MHP-Regime bekämpft auch all jene die sich solidarisch auf die Seite von Rojava stellen.

Es ist ein Krieg gegen die revolutionären und antipatriarchalen Errungenschaften die seit über 14 Jahren bestehen und von der Frauenverteidigungseinheit YPJ und der SDF verteidigt werden. Diese Angriffe seitens des faschistischen türkischen Staates wurden auch immer durch westliche Staaten wie die USA oder eben auch der Schweiz unterstützt. Deswegen müssen wir die Verbündeten der kriegerischen Türkei hier finden und angreifen.

Der Feind steht im eigenen Land! Fight4Rojava! Krieg dem Krieg! Gegen den Feind im eigenen Land! 8. März ist alle Tage!

Ganzer Artikel auf:
<https://barrikade.info/article/7405>

STREIK

Wer gewinnt Winterthur?

In Winterthur streiken die Busfahrer_innen. Gesellschaftliche Allianzen und öffentliche Wahrnehmung spielen in diesem Kampf eine besondere Rolle. Eine taktische Einordnung mit Erkenntnissen.

(az) Streiks gibt es in der Deutschschweiz nicht oft. Es ist also aussergewöhnlich, dass die Busfahrer_innen in Winterthur Anfang März in einen vierstündigen Warnstreik traten. Sie taten das aus einer selbstbewussten Position und mit viel Entschlossenheit. Sie hatten in den Jahren zuvor Petitionen lanciert, um Vergütungen für Abende und Wochenenden zu erhöhen und um nicht mit Spontandiensten Minusstunden einzufahren. Wiederholt haben sie das Gespräch gesucht und zuletzt auch ein Ultimatum gesetzt. Der zuständige Stadtrat Stefan Fritschi hatte sie immer wieder ignoriert.

Mit einem taktischen Manöver versuchte Stadtbus Winterthur, die Dienstabteilung des öffentlichen Nahverkehrs der Stadt Winterthur, eine Blockade des zentralen Busdepots zu verhindern. Gegen Mitternacht, vor dem angekündigten Streiktermin um 4.30 Uhr, wurden Busse aus dem Depot ausgefahren und in der Stadt abgestellt. Die streikenden Fahrer_innen und Unterstützer_innen eilten herbei und blockierten das Depot schon um 1.00 Uhr wieder. So konnten nur relativ wenige Busse in Winterthur eingesetzt werden.

Der Streik war mobilisierungstechnisch ein voller Erfolg. Mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von etwa 60 %, der in eine Streikteilnahme umgesetzt werden konnte, waren die Auswirkungen auf Personal und Material erheblich. Ebenfalls beeindruckend und auch etwas erstaunlich waren die vielen positiven Reaktionen der Bevölkerung in Winterthur.

Ein Teil der Streikenden und der Unterstützer_innen war am Bahnhof Winterthur präsent. Sie führten viele Gespräche mit Bewohner_innen und Pendler_innen. Etwa 80 % der Rückmeldungen aus den Gesprächen waren positiv. Wie lässt es sich erklären, dass so viele Leute Sympathien für einen Streik haben, der sie womöglich selbst betrifft? Dazu drei erklärende Thesen und eine taktische Einordnung.

Wer fährt Winti?

Winterthur ist keine Grossstadt. Auch wenn sie statistisch gesehen zu den grössten Städten in der Schweiz zählt, verfügt Winterthur über viele kleinstädtische Merkmale. Eines davon ist, dass die Stadt überschaubar ist und viele Bewohner_innen sich mit ihr identifizieren. Wenn also die Busfahrer_innen in Winterthur streiken, dann ist das nicht nur irgendeine Dienstabteilung mit tausenden Angestellten, sondern es sind ganz real diejenigen Personen, die jeden Tag den Bus fahren. Oder wie es die Fahrer_innen selbst skandierten: «Wer fährt dis Grosi? – Mier vom Stadtbus!»

Dieser im Vergleich zu grösseren Städten unmittelbare Bezug steigert die Wahrscheinlichkeit, dass Bewohner_innen nicht nur streikende Busfahrer_innen, sondern ihre eigenen streikenden Busfahrer_innen sehen. Ein starkes Beispiel in dieser Hinsicht war der Streik der Officine in Bellinzona. Die lokale Verankerung und der Rückhalt dieses Streiks lagen auch daran, dass der geographische und soziale Raum des Streiks übersichtlich war und insbesondere das obere Tessin eine ausgeprägte regionale Identität hat.

Kämpfende Vorbilder

Ein weiterer Faktor ist die Selbstermächtigung, die Kämpfende in einem Arbeitskampf erfahren. Das färbt ab. In vielen Rückmeldungen betonten die Einwohner_innen von Winterthur, dass sie es richtig fänden, dass gekämpft wird. Einige fanden das ideologisch richtig – das freut uns als Kommunist_innen natürlich besonders.

Andere Passant_innen waren anfangs skeptisch und sahen die Notwendigkeit erst, als sie über die Geschichte dieses Arbeitskampfes informiert wurden. Der aktuelle Kampfzyklus der Busfahrer_innen begann schon 2024, das Thema Arbeitsbedingungen bei Stadtbus reicht jedoch schon weit zurück. In so einer Situation leuchtet es der arbeitenden Bevölkerung durchaus ein, dass Streik ein legitimes und sogar erfolversprechendes Mittel gegen die Chef_innen sein kann. Diese Art der Emanzipation, des kollektiven Zusammenhalts und der Wirkmacht hat viele Personen beeindruckt. Insbesondere, wenn sie Schikanen, Zumutungen und schwierige Arbeitsbedingungen auch aus ihrem eigenen Alltag kennen. Darin liegt ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Potenzials im Arbeitskampf.

Sie fahren für uns alle

Ein dritter Faktor bezieht sich auf den Arbeitsgegenstand der Busfahrer_innen. Sie arbeiten im Service Public. Der öffentliche Dienst zeichnet sich dadurch aus, dass darin gesellschaftlich notwendige, oft unprofitable Arbeiten organisiert sind. In den Gesprächen mit den Einwohner_innen von Winterthur fiel auf, dass sich darum so viele Menschen mit den Busfahrer_innen solidarisieren, weil sie eben Busfahrer_innen sind. Viele, wenn nicht alle, sind auf ihre Arbeit angewiesen. Darin liegen bei Arbeitskämpfen sowohl taktische Chancen auf Solidarisierung als auch Risiken.

Andere aktuelle Beispiele für besondere öffentliche Unterstützung von Streiks im öffentlichen Dienst finden wir beispielsweise bei den Budgetstreiks in der Waadt im Herbst und Winter 2025, beim Arbeitskampf in der Paketzustellung der Post in Zürich Oerlikon oder in der

Berliner Krankenhausbewegung. Sie waren auch darum so erfolgreich, weil sie es verstanden, den gesellschaftlichen Wert der eigenen Arbeit in die Öffentlichkeit zu tragen und damit Unterstützer_innen zu mobilisieren: mit grossen Demonstrationen, «Besuchen» bei Wahlveranstaltungen von Politiker_innen oder grossen Kampagnen mit Aufklebern und medialem Echo.

Die Mobilisierung von Nutzer_innen und Unterstützer_innen gelingt nicht immer gleich gut. Je nach Ort und Informationsmacht der Gegenseite wird sie gnadenlos gegen einen Arbeitskampf eingesetzt. Ein Beispiel mit Gegenwind war die Blockade des Tramdepots Irchel 2011 in Zürich. Damals hetzten der Tages-Anzeiger und die NZZ im Namen der ÖV-Nutzer_innen gegen die streikenden Fahrer_innen. Sie berichteten von häufigen Beschimpfungen gegenüber dem Fahrpersonal nach dem Streik und versuchten damit, eine bewusste Spaltung zwischen Fahrgästen und Fahrer_innen zu erreichen. Die Verkehrsbetriebe Zürich konnten sich dann öffentlich gegen die Gewerkschaft VPOD und die kämpferischen Fahrer_innen stellen und beklagen, wie sehr der Arbeitskampf den Fahrer_innen selbst schade. Diese Erfahrung zeigt, dass die mediale Berichterstattung immer ein Kampffeld ist und alle involvierten Seiten auf eine Beeinflussung abzielen. Naive Hoffnungen auf positives Medienecho sind also nicht angebracht.

Allianzen schmieden oder spalten lassen

Wieder zurück nach Winterthur. Während des Warnstreiks masste sich der zuständige FDP-Stadtrat Fritschi an, den Streikposten ohne ein Verhandlungsangebot zu besuchen, um die Anliegen der Fahrer_innen anzuhören. Er wurde von der wütenden Menge ausgebuht und flüchtete ins Innere des Werkareals. Später jammerte er in den Medien, dass Aktivist_innen von aussen den Kampf vereinnahmt und ihn mit unflätigen Worten eingedeckt hätten. Eine Erzählung, die auch die Parteizeitung der SP verbreitete. Deren Stadtrat befindet sich gerade im Wahlkampf ums Stadtpräsidium gegen Fritschi – offensichtlich möchte sich die SP diese Wahl nicht durch einen allzu radikalen Anstrich gefährden.

Fritschi bediente sich eines Klassikers der Spaltungstechniken: Die Angestellten selber sind eigentlich nett und lieb, Einflüsse von aussen haben sie aufgewiegelt und instrumentalisiert. Das kann je nach Erzählung die Gewerkschaft selbst sein, gewisse Gewerkschaftsfunktionär_innen oder auch solidarische Unterstützer_innen aus der politischen Bewegung.

Damit lancierte er einen Kampf um die öffentliche Wahrnehmung, die den Charakter dieses Arbeitskampfes fortan prägen sollte. Dort spielen die drei oben ausgeführten Thesen eine Rolle: In Winterthur ist die öffentliche Wahrnehmung dieses Kampfes besonders wichtig. Die Legitimität der Forderungen und des Kampfes in der Öffentlichkeit hat eine grosse taktische Bedeutung. Die Arbeit der Busfahrer_innen hat ein grosses Solidaritätspotenzial für den Kampf, bietet aber auch Möglichkeiten zu spalten.

Zum Redaktionsschluss ist noch offen, ob bzw. wann es zu einem zweiten Streiktag kommt. Bisher haben sich die kämpfenden Busfahrer_innen dafür entschieden, dem Stadtrat weitere Fristen einzuräumen – dabei dürfte die öffentliche Meinung in Winterthur eine zentrale Rolle spielen. Die Fahrer_innen möchten so die Legitimität eines nächsten Kampfmoments erhöhen, gesellschaftliche Allianzen festigen und müssen gleichzeitig aufpassen, dass sie im Betrieb weiter mobilisierungsfähig bleiben. Mit Unterstützung von aussen arbeiten sie auch ganz gezielt an einer weiteren Verankerung des Kampfes: durch offene Briefe, Flyeraktionen, Transparente und die Involvierung von wichtigen Personen und Gruppierungen in Winterthur. Wir stehen weiterhin hinter ihnen und wünschen viel Erfolg!

Die Busfahrer_innen sind auch Vorbild für kommende Kämpfe im Rahmen des Feministischen Streiks 2027 oder bei den Verkehrsbetrieben Zürich. Diese betrieblichen Kämpfe werden ebenfalls im öffentlichen Dienst, vor allem im Care-Sektor, stattfinden. Lokale Allianzen zwischen Kämpfenden und Nutzer_innen wie Eltern von Kita- oder Schulkindern, Patient_innen oder ÖV-Fahrer_innen werden taktisch bedeutsam sein – für den Erfolg und gegen Spaltungsversuche. Als Unterstützer_innen mit Erfahrung und Verankerung können wir dort tatsächlich einen Unterschied machen. Es gilt, diese Dimension des Kampfes bewusst zu machen und frühzeitig zu planen.



Versammlung zum Ende des Warnstreiks in Winterthur am 3.3.26

SUIZID

Sterbehilfe im Kapitalismus – Teil 2

Im ersten Teil dieser Serie haben wir die Geschichte des assistierten Suizids in der Schweiz nachgezeichnet und gezeigt, welche Graubereiche bei seiner Normalisierung entstehen können. Dabei wurde deutlich, dass die Rede von Selbstbestimmung am Lebensende Fragen aufwirft, die über die individuelle Entscheidung hinausgehen. Im heutigen zweiten Teil ordnen wir die Sterbehilfe in ihren gesellschaftlichen Kontext ein: In eine kapitalistische Gesellschaft, die den Wert des Menschen an seiner Produktivität misst, und in eine politische Entwicklung, in der diese Logik sich weiter verschärfen könnte.

Eine progressive Errungenschaft und ihre Kehrseite

(agaf) An sich kann der assistierte Suizid als etwas Positives gesehen werden. Im ersten Teil dieser Serie (aufbau 124) haben wir beschrieben, wie sich die Sterbehilfe in der Schweiz aus der Patientenrechtsbewegung der 1960er Jahre entwickelte. Sie war eine Antwort auf die Angst vor medizinischer Übertherapie, vor einem Sterben, das von Maschinen und nicht vom eigenen Willen bestimmt wird. Die Sterbehilfe war und ist ein wichtiger Bestandteil der menschlichen Freiheit: Mein Körper, meine Wahl. Weg von Sachzwängen durch Religionen, Medizin oder andere Strukturen, die über das Leben anderer entscheiden wollen. Wir wollen diese Seite auch nicht in Frage stellen. Aber es gibt eben noch eine andere Betrachtungsweise. Alle Länder, in denen Sterbehilfe legal ist, sind alle auch in einem neoliberalen, kapitalistischen System eingebettet. Das hat Konsequenzen, denn im Kapitalismus ist der gesellschaftliche Wert eines Menschen an seinen ökonomischen Beitrag gekoppelt. Menschen sollen arbeiten, so viel wie möglich. Sie sollen auch möglichst «gesund» bleiben, damit sie arbeiten können. Der Staat hilft dabei gerne mit, beispielsweise durch Gesundheitsprävention, Sozialversicherungen oder die Arbeitsvermittlung bei Arbeitslosigkeit. Das Gesundheitswesen behandelt schwere Krankheiten, es hilft aber auch, Menschen wieder arbeitsfähig zu machen.

Das Recht, ab einem gewissen Alter nicht mehr arbeiten zu müssen, wurde in diesen Gesellschaften meist durch Arbeitskämpfe erzwungen. In fast allen Ländern dürfen ältere Menschen irgendwann in Rente gehen und haben sich ein Leben ohne Arbeit «verdient». Mit dem Alter steigt aber auch die Krankheitsanfälligkeit. Krankheiten häufen sich, das Demenzrisiko nimmt stetig zu. Das belastet das heutige Gesundheitssystem, das nach ökonomischen Sachzwängen funktioniert, natürlich massiv. Die Kosten tragen alle über ihre Krankenkassenbeiträge. In der Sprache der politischen Debatte werden ältere Menschen so zur «Alterslast», zur «demographischen Zeitbombe».

In diesem Kontext erhält die Sterbehilfe eine neue Bedeutung. Die Gesellschaft gibt dem Einzelnen einen Ausweg in die Hand. Man muss nicht mehr an teure Geräte angeschlossen werden, um länger leben zu können. Man muss nicht im Altersheim zusehen, wie das angesparte Vermögen in die Pflege fliesst. Man muss der jüngeren Generation «nicht zur Last fallen», in dem man am Leben bleibt, aber nicht mehr arbeitet. Die Verantwortung für das Sterben wird in die Hände des Individuums übertragen. Das kann Befreiung bedeuten. Es kann aber auch dazu führen, dass sich die vermeintlich freie Entscheidung, eigenes Leiden beenden zu wollen, in ein Instrument für ein System umgewandelt wird, das für seine «Unproduktiven» keinen Platz mehr vorsieht.

Der Satz «Ich möchte niemandem zur Last fallen» ist einer der häufigsten Gründe für Sterbewünsche im Alter. Nicht unerträgliche Schmerzen aufgrund einer Krankheit stehen dabei im Vordergrund, sondern die Angst, anderen zur Bürde zu werden, zu teuer zu sein. Diese Angst ist kein rein persönliches Empfinden. Sie entsteht in einer Gesellschaft, die das Alter nur anerkennt, wenn es produktiv bleibt, und die für jene, die es nicht mehr sind, kaum Ressourcen bereitstellt.

Alter ist eine Klassenfrage

Diese Entwicklung trifft nicht alle gleich. Menschen, die Kapital besitzen, können sich von früh an freier entscheiden, wo sie wohnen, welchen Beruf sie ausüben, wie sie ihr Leben gestalten wollen, usw. Sie können sich teure präventive Gesundheitsmassnahmen leisten. Sie können aber auch nach der Pensionierung im Arbeitsmarkt bleiben, etwa als Investor oder in Verwaltungsräten. Sie bleiben somit Teil des Marktes, sind also weiterhin «wertvoll». Auf der anderen Seite steht die Arbeiter_innenklasse. Wer beispielsweise ein Leben lang auf dem Bau gearbeitet hat, in der Reinigung, in der Pflege oder in der Industrie, trägt die Spuren dieser Arbeit im Körper. Wer über Jahrzehnte körperlich strenge Arbeit verrichtet, ist im Alter häufiger von Gebrechen, Überbelastung und chronischen Erkrankungen betroffen und wird somit früher pflegebedürftig. Statistisch sterben «ärmere» Menschen im Durchschnitt sechs bis acht Jahre früher als wohlhabende.

Im Alter verschärft sich diese Ungleichheit. Vermögende leben in Altersresidenzen mit Einzelzimmern, Kulturprogramm und Betreuung nach Wahl. Arbeiterinnen und Arbeiter landen in einem System, das chronisch unterfinanziert ist. In vielen Pflegeheimen fehlt es an Personal, an Zeit, an Zuwendung. Einsamkeit gehört zum Alltag. Vielen Menschen graut es vor dem Wissen, dass sie eines Tages in ein solches Heim kommen könnten. Wer also früher und schwerer erkrankt, gleichzeitig auf eine Alterspflege angewiesen wird, die kaum das Nötigste abdeckt, für den kann die Sterbehilfe zu einer attraktiven Alternative werden.

Wenn sich die Gesellschaft nach rechts bewegt

Die bisherigen Überlegungen beschreiben die gegenwärtigen Verhältnisse in einer «liberalen» Marktwirtschaft. Der Rechtsruck ist in manchen Ländern jedoch bereits vorangeschrittener als man sich wünschen würde. Was bedeutet das im Kontext einer liberalen Sterbehilfe?

Kanada liefert einen Hinweis darauf, wohin die Entwicklung gehen kann. Seit 2016 ist dort Sterbehilfe legal, die Regelung gehört zu den liberalsten weltweit. Seit der Einführung sind über 76'000 Menschen durch assistierten Suizid gestorben. Die kanadische Regierung bezifferte die dadurch eingesparten Gesundheitskosten auf 149 Millionen Kanadische Dollar jährlich und kommunizierte das offen. Gleichzeitig häufen sich beunruhigende Fälle. Roger Foley, ein Mann mit einer degenerativen Hirnerkrankung aus Ontario, gab an, dass ihm im Spital Mitarbeitende die Sterbehilfe nahegelegt haben, statt ihm die häusliche Pflege zu organisieren. Die Ethikdirektion des Spitals wies ihn darauf hin, dass seine weitere Behandlung «über 1'500 Dollar pro Tag» kosten würde. Amir Farsoud, ein Mann mit chronischen Rückenschmerzen, beantragte Sterbehilfe, weil ihm Obdachlosigkeit drohte. Er sagte, er wolle nicht sterben, aber noch weniger wolle er obdachlos sein.

Kanada gehört zu den Industrieländern mit den geringsten Sozialausgaben. Über 40 Prozent der Menschen mit Behinderung leben dort unter der Armutsgrenze. Statistiken zeigen, dass Menschen aus den ärmsten Bevölkerungsschichten bei der Sterbehilfe für nicht unheilbar Erkrankte überproportional vertreten sind. Kanada ist noch lange kein Faschismus. Aber es lohnt sich, daran zu erinnern, wie faschistische Ideologien historisch entstanden sind. Sie begann nicht mit Arbeitslagern. Sie begann mit der Einteilung von Menschen in nützliche und überflüssige. Der Begriff «lebensunwertes Leben» wurde nicht von den Nationalsozialisten erfunden. Er stammt aus einer Schrift von 1920, verfasst vom Karl Binding und dem Psychiater Alfred Hoche. Sie argumentierten, das Leben chronisch Kranker und geistig Behinderter sei für die Gesellschaft eine Last und dürfe beendet werden. Die Nationalsozialisten griffen diese Idee auf und radikalisierten sie im T4-Programm. Die Logik, einen Menschen danach zu bewerten, ob er der Gemeinschaft nützt oder sie belastet, ist nicht mit dem Nationalsozialismus verschwunden. Sie ist die alltägliche Logik des Kapitalismus.

Sterbehilfe auf einem anderen Fundament

Wenn das Älterwerden von der Produktivkraft des Menschen abgekoppelt würde, bekäme auch die Sterbehilfe ein anderes Fundament. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre Pflege nicht dem Markt unterworfen, sondern vergesellschaftet. Sie wäre eine gemeinsame Aufgabe, getragen von allen, organisiert im Interesse der Bedürftigen, nicht im Interesse von möglichst viel Gewinn. Care-Arbeit wäre keine individuelle Bürde mehr, sondern als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt und kollektiv organisiert.

Ältere Menschen wären Teil der Gemeinschaft, nicht von ihr ausgeschlossen. Sie wären in ihre Quartiere eingebunden, statt in unterfinanzierten Heimen isoliert. Der Wert eines Menschen würde nicht an seiner Leistungsfähigkeit gemessen, sondern an seiner Zugehörigkeit. Abhängigkeit wäre kein Makel. Jeder Mensch ist im Laufe seines Lebens auf andere angewiesen, als Kind, bei Krankheit, im Alter. Eine Gesellschaft, die das als Normalität behandelt statt als Problem, würde auch anders mit dem Älterwerden umgehen.

Ansätze für ein solches Verständnis existieren bereits. Die Palliative Care etwa verfolgt nicht das Ziel, das Leben um jeden Preis zu verlängern. Sie lindert Schmerzen, fördert das Wohlbefinden und begleitet Menschen in ihrer letzten Lebensphase. Sie fördert das Verständnis das Sterben nicht als ein individuelles Problem, sondern als gemeinschaftliche Aufgabe zu betrachten.

Unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen würde die Entscheidung für den assistierten Suizid nicht aus Armut fallen, nicht aus Einsamkeit, nicht aus mangelnder Versorgung. Sie wäre eine Entscheidung von Menschen, die auch hätten weiterleben können, unter würdigen Bedingungen. Das wäre Selbstbestimmung. Die Mittel für eine solche Gesellschaft sind vorhanden, doch sie sind falsch verteilt. Solange sich daran nichts ändert, bleibt das Versprechen des Freitods am Lebensende hohl. Denn wirklich frei sterben kann nur, wer auch frei leben konnte.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

MERKE



Zivi-Bullen am Rande einer kämpferischen 8-März-Demo.



KUBA

Zwischen Marktöffnung und revolutionärem Erbe

Die totale Ölblockade seit Anfang des Jahres und gestoppte Lebensmittelimporte verschärfen die Versorgungskrise dramatisch. Washington zielt mit diesem imperialistischen Würgegriff entweder auf die Vernichtung der revolutionären Errungenschaften mittels erzwungener Marktöffnung und schliesst die militärische Option nicht aus.

(raw) In Basel macht sich ein Gefühl der Verunsicherung in der frühjährlichen Eskalation des US-Interventionismus in der Karibik breit und in Südamerika wird deutlich, was die im Dezember 2025 veröffentlichte nationale Sicherheitsstrategie in Bezug auf Lateinamerika in der Praxis bedeutet. Es handelt sich um das sogenannte «Trump Corollary» – eine Trump-Ergänzung und Verschärfung der Monroe-Doktrin von 1823. Der ausenpolitische Fokus von Washington soll auf seine exklusive Einflusszone gelegt werden. Dabei richtet sich diese Strategie heute in erster Linie gegen China, seine Infrastrukturprojekte und seinen wachsenden Einfluss in Südamerika. Am 3. Januar 2026 erfolgte die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro für den Regimewechsel in Caracas, gefolgt von der offenen US-Piraterie gegen diverse Öltanker in der Karibik und im Nordatlantik. Die hegemonialen Ansprüche Washingtons werden mit vorgehaltener Pistole durchgesetzt. Dies verbalisiert auch Donald Trump, indem er öffentlich über eine Militärintervention und einen gewaltsamen Regierungswechsel auf Kuba fabuliert.

Das juristische Fallbeil der SST-Liste und die physische Blockade

Der Krieg wird jedoch, mit Ausnahme von vereinzelten terroristischen Anschlägen konterrevolutionärer Exilkubaner, an der Finanzfront geführt. Die Einstufung Kubas auf der US-Liste der staatlichen Unterstützer von Terrorismus (SST-Liste) fungiert als bürokratisches Fallbeil. Sie bewirkt, dass Banken weltweit Zahlungen verweigern, aus Angst vor drakonischen US-Strafen. Nach Angaben des kubanischen Aussenministeriums wurden allein im letzten Jahr über 50 ausländische Banken von den USA sanktioniert, weil sie Transaktionen mit Kuba abwickelten. Selbst bei vorhandenen Devisen kann der Staat oft kein Saatgut, keinen Dünger oder Ersatzteile erwerben. Gemäss dem Bericht des kubanischen Aussenministeriums belaufen sich die akkumulierten Schäden der Blockade allein im letzten Jahr auf 7,5 Milliarden US-Dollar. Faktisch ist der kubanische Staat komplett von Energielieferungen und von lebensnotwendigen Importen abgeschnitten.

Das seit Januar in Kraft getretene kubanische Massnahmenpaket «Opción Zero» rationiert die Güter des täglichen Bedarfs sowie Treibstoffe und priorisiert die Spitäler und die Versorgung von vulnerablen Gruppen.

Wegen des Treibstoffmangels kommt es mittlerweile zu Stromausfällen von 40 Stunden. Selbst in Spitälern wird teilweise mit Licht von Mobiltelefonen operiert. Da der öffentliche Verkehr weitgehend eingestellt wurde und der inländische Warentransport extrem teuer ist, schossen die Lebensmittelpreise in die Höhe, der Benzinpreis auf bis zu zehn Dollar pro Liter. Ohnehin müssen rund 80 Prozent der benötigten Kalorien importiert werden, was bei fehlenden Devisen zur Katastrophe führt. Diese Belagerung stellt für die Arbeiter_innenklasse eine existenzielle Krise dar und zielt bewusst darauf ab, durch Hunger und Verzweiflung einen Systemwechsel herbeizuführen.

Die Revanche der Enteigneten: Exilkubaner_innen an den Schalthebeln der Macht

Diese Not ist nicht etwa das Resultat von Missmanagement, sondern Folge einer seit sechs Jahrzehnten währenden Belagerung. Bereits im April 1960 hielt das berühmte Mallory-Memorandum des US-Aussenministeriums fest, dass jedes Mittel recht sei, um das wirtschaftliche Leben Kubas zu schwächen.

Der entscheidende politische Faktor bei der Durchsetzung der antikommunistischen Kuba-Agenda heute ist die kubanische «Miami-Fraktion». Bestehend aus Nachfahren der in der Revolution enteigneten und nach Miami übergesiedelten Grossgrundbesitzer und Kapitalisten, ist sie die reaktionäre Speerspitze im 60-jährigen Krieg gegen die kubanische Bevölkerung und deren Errungenschaften. Die Miami-Kubaner_innen sind an allen strategischen Knotenpunkten des US-Regimes positioniert und gut koordiniert. Sie können über das Parlament die Lateinamerika-Agenda diktieren, in der Haushaltskontrolle Gelder für Contra-Aktivitäten sprechen und im Senat als konsolidierte Veto-Macht jede Entspannungsmassnahme blockieren. Durch Marco Rubio existiert gar eine direkte Verbindung der Miami-Kubaner_innen in die höchste Führungsriege und in den engsten Zirkel um Trump. Als Aussenminister und Nationaler Sicherheitsberater ist dieser sogar direkt für die Verabschiedung der nationalen Sicherheitsstrategie verantwortlich.

Die «Kubastroika» als Zerreisprobe

Die totale Blockade Kubas seit Januar zwingt den Staat nun das erste Mal in seiner jungen Geschichte an den Verhandlungstisch mit dem US-Imperialismus und macht substantielle Zugeständnisse. Erstmals seit der Revolution wird durch eine Neuauslegung des Gesetzes 118 ausländischen Firmen erlaubt, im Binnenmarkt der Insel zu operieren. Strategisch zentrale Sektoren wie Landwirtschaft, Energie und Tourismus werden nun geöffnet und sogar Mehrheitsbeteiligungen von US- oder exilkubanischem Kapital akzeptiert. Diese marktwirtschaftliche Öffnung

kann man kritisch als «Kubastroika» mit der sowjetischen Öffnungsreform vergleichen, jedoch sie ist innenpolitisch nicht vermittelbar: Der loyalen sozialistischen Mehrheit muss sie wie ein Verrat erscheinen, während die reaktionäre Opposition in Miami durch jedes Eingeständnis nur in ihren konterrevolutionären Plänen bestärkt wird. Die erzwungene Öffnung stärkt die Kapitalseite des Klassenwiderspruches innerhalb des Landes und wird zur Zerreisprobe für das gesamte gesellschaftliche Gefüge.

Diese schmerzhaften marktlogischen Öffnungen sind jedoch kein freiwilliger Kurswechsel, sondern die Spätfolgen eines tektonischen Bruchs in der geopolitischen Ordnung der 90er-Jahre. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geriet der revolutionäre Versuch in eine strategische Sackgasse: Kuba verlor seine schützende Einbindung in den sozialistischen Wirtschaftsraum (RGW) und war fortan gezwungen, das Modell eines «Sozialismus in einem Land» unter den verschärften Bedingungen der US-Blockade zu organisieren. Die sogenannte Sonderperiode leitete die ersten marktwirtschaftlichen Elemente und den US-Dollar ein.

Seit der Covid-19-Krise ist privaten Kleinunternehmen der Warenimport und Verkauf erlaubt; seit diesem März hat der Staat sogar die Hoheit über die Ölimporte teilweise an das Kleinbürgertum abgetreten. Das Ministerium für Wirtschaft und Planung zählte bis Anfang 2026 über 10.000 kleine und mittlere Unternehmen (Mipymes), was zwar die Versorgung verbessert, aber den Klassenwiderspruch verschärft. Dazu kommt, dass die in der Sonderperiode abgebrochene Industrialisierung und das erstklassige Bildungssystem die Ware Arbeitskraft zum wichtigsten Exportgut gemacht hat. Hochqualifizierte Fachkräfte verlassen die Insel massenhaft im Rahmen von Tauschabkommen gegen Öl oder Lebensmittel. Dieser Aderlass führt zu einer demografischen Krise, die eine für die Souveränität zwingende Entwicklung des produktiven Sektors undenkbar macht.

Das Erbe der Revolution – ein Auftrag zur Solidarität

Unter diesem maximalen Druck drohen die Errungenschaften der Revolution zu erodieren. Trotz alledem priorisiert Kuba soziale Reformen, die ihresgleichen suchen: Dazu gehören strukturell beseitigte Obdachlosigkeit und Hunger sowie eine Alphabetisierungsrate von fast 100 Prozent und eines der weltweit fortschrittlichsten Familiengesetzbücher. Ein Bildungssystem, das von der Primarschule bis zum Dokortitel gratis ist, und ein kostenloses Gesundheitssystem, das fünf eigene Covid-19-Impfstoffe entwickelte und über dem Niveau mancher hochindustrialisierter Staaten liegt, zeugen von der konsequenten Priorisierung des Lebens vor dem Profit. Diese Botschaft vermitteln auch die internationalistischen Gesundheitsbrigaden mit über 90 Missionen in mehr als 50 Ländern. Der kubanische Weg hat durch seine sozialen Errungenschaften eine sozialistische Perspektive fassbar gemacht. Er wurde zum Bezugspunkt für Internationalist_innen, Kommunist_innen und fortschrittliche Kräfte auf der ganzen Welt und ist ein kämpferisches Vorbild für alle, die mit imperialistischer Ausbeutung und Aggression konfrontiert sind.

Wir tun gut daran, uns als kommunistische Bewegung klar zu diesem Prozess zu verhalten. Es gilt, unsere gemeinsame Geschichte gegen die Geschichtsschreibung der Gegenseite zu halten. Die Verteidigung der kubanischen Revolution bedeutet nicht das Ignorieren der inneren Widersprüche, sondern den kompromisslosen Kampf gegen jene, die diese Widersprüche zugunsten des Kapitals verschärfen. Dabei ist es unsere Aufgabe, den Widerstand hier, im europäischen Zentrum zu organisieren, internationale Solidarität praktisch zu realisieren, um den imperialistischen Würgegriff zu lösen. Der um den 21. März angekommene «Nuestra América» Land-Luft-Wasser-Konvoi mit Hilfsgütern – nachempfunden der Gaza-Flottille – widerspiegelt genau jenen Geist des Internationalismus, den Kuba über Jahrzehnte in die Welt getragen hat.



Mural eines CDR (Komitees zur Verteidigung der Revolution), des lokalen Nachbarschaftsrates. Zu verteidigen gibt es Vieles!



Jeder imperialistische Krieg hat seinen Preis: Verhafteter amerikanischer Pilot, 1967 in Vietnam.

Fortsetzung von Seite 1

Genauer gesagt handelt es sich dabei um fossile Politik, die ihre Geopolitik nach dem Interesse an Dominanz im fossilen Energiebereich ausrichtet. Die Ausweitung der Energiedominanz heisst nicht zwingend, dass man jeden einzelnen Erdöltropfen selbst produziert, sondern dass man nach politischer Kontrolle über die OPEC-Staaten (Organisation erdölexportierender Länder) strebt. Nach der Unterwerfung Venezuelas und dank den guten Kontakten zu den arabischen Königreichen, die immer schon Schosshunde des US-Imperialismus waren, klappt das für die USA ganz gut. Nur der Iran blieb ein Dorn im Auge, auch weil das Land trotz Sanktionen stets selbst bestimmt, wohin es seine Ressourcen exportierte. Der Angriffskrieg will dieser eigenständigen Energiepolitik gewaltsam ein Ende setzen, wenn auch die Folgen davon unklar bleiben. Denn amerikanische Energiepolitik wird durch die Sprunghaftigkeit Trumps geprägt. Öl-Unternehmen profitieren zwar mittel- bis langfristig von steigenden Preisen, selbst wenn die Produktion kurzfristig unterbrochen wird. Aber schon in Venezuela musste die Ölindustrie Trump nahelegen, dass seine Pläne nicht sonderlich durchdacht waren. Das wird im Iran nicht anders sein, denn dieser weiss um die wirtschaftliche Bedeutung des Öls und greift, militärstrategisch geschickt, entsprechend die Förderanlagen seiner Nachbarländer an.

Ein Kampf gegen China...

Der Krieg gegen den Iran findet nicht im geopolitischen Vakuum statt, sondern entlang zweier zentraler Achsen: Einerseits geht es um die Konkurrenz mit China, die, wenn auch indirekt, längst kriegerischen Charakter angenommen hat. Andererseits geht es um die Bündnistreue gegenüber Israel, das die amerikanische Politik mitzubestimmen vermag.

Dass China der zentrale Feind der amerikanischen Regierung ist, zeigt sich immer wieder. Zollforderungen, Reindustrialisierungspläne und militärische Aufrüstung richten sich schon längst primär gegen den asiatischen Konkurrenten. Die These, die amerikanische Politik im Wesentlichen als Kampf gegen China zu lesen, vertritt auch der argentinische Ökonom Alejandro Marcó del Pont, der in Trumps Aussenpolitik kein Chaos, sondern einen kohärenten Plan erkennt. Das zentrale Interesse der USA bestehe darin, China zurückzudrängen. Hierfür würden die staatlichen Ressourcen in jenen Gegenden konzentriert, in denen dieser Kampf geführt werden kann, während man andernorts, wie in Europa, seine Aktivität zurückschraubt. Das gilt für Lateinamerika, wo man China, wie in Venezuela, verdrängen will. Und das gilt auch für den Iran, der für China als Öllieferant von Bedeutung ist und als solcher nicht leicht zu ersetzen ist, insbesondere nicht, wenn man bereits den Zugang zu Venezuela verloren hat.

In der globalen Auseinandersetzung zeichnet sich ein Dauerkonflikt mit China ab, der zwischen entspannteren Phasen und konkreten Auseinandersetzungen in Drittstaaten wie im Iran schwankt. Die geführten Zwischenkriege sind dabei bereits militärisch als Konflikt mit China lesbar: Der Iran hat sich mit chinesischer Luftabwehr und

Drohnen ausgerüstet, und das iranische Schlachtfeld wird zum Testlauf für die Frage, wie gut das chinesische Material gegen das amerikanische funktioniert. Womöglich macht die Regierung Trump allerdings denselben Fehler, der die USA seit Vietnam immer wieder einholt: Sie unterschätzt, auch aufgrund rassistischer Weltbilder, die angegriffenen Länder. Als Luftkrieg oder als zeitlich begrenzte Militäroperation lässt sich ein Konflikt kurzfristig gewinnen, langfristig jedoch nicht. Und indem China in dieser Situation wenig tut, stärkt es seine Position; nicht aus Menschlichkeit, sondern, wie bereits während des Krieges gegen Gaza, aus dem strategischen Kalkül, durch pragmatisches Abwarten vom globalen Chaos zu profitieren.

... und für Israel

Aus strategischem Kalkül handelt auch Israel, wobei in dieser Strategie genozidale Phantasie und politischer Plan längst ununterscheidbar miteinander verschmolzen sind. Israel war es, das Trump den entscheidenden Hinweis für den Zeitpunkt des Angriffs lieferte, und Israel war es, das im Gegensatz zur erratischen Politik Trumps von Beginn an genau wusste, wie es diesen Krieg zu führen hat: Erst als Flächenbombardement im Iran, dann als ebenso lange geplantes Flächenbombardement im Libanon, schliesslich als erneuter Einmarsch im Nachbarland. Die Blaupause dafür ist der genozidale Krieg in Gaza, dessen mörderische Politik der Zerstörung nun ausgeweitet wird, auch als parallel laufende Ausdehnung der Besatzungspolitik im Westjordanland und in Syrien. Zwar gibt es unter den Trump-Anhänger_innen mittlerweile auch Kritiker_innen Israels – wobei die Gründe dafür meist nicht emanzipatorisch sind. Doch an der Bündnistreue Trumps zu Israel ändert das aktuell noch nichts, auch weil in den USA der evangelikale Zionismus und eine Reihe weiterer rassistischer Positionen genügend ideologische Überschneidungen zwischen den beiden Kriegsnationen bieten.

Vielleicht reicht die Gemeinsamkeit von Israel und den USA mittlerweile aber auch tiefer: Noch jede rechts-extreme Ideologie pflegte auf irgendeine Weise den Traum von neuem Territorium und Lebensraum. In Israel ist es die Ausdehnung des Staatsgebietes, in den USA der neue Traum einer Hemisphäre, in der man tun und lassen kann, was man will, einschliesslich der Aneignung von Ländern wie Grönland. Bei der Verwirklichung dieser Träume kann man sich derzeit aufeinander verlassen.

Krieg als Teil der Konterrevolution

Wer den Pressekonferenzen von Kriegsminister Pete Hegseth oder den Verlautbarungen des Trump-Vertrauten Stephen Miller folgt, wird feststellen, dass klassische Themen der Geopolitik darin eine erstaunlich geringe Rolle spielen. Hegseth und Miller sprechen wenig von China, und auch die globale Bedrohungslage scheint sie kaum zu beschäftigen. Stattdessen äussern sie sich beinahe täglich über ein Militär, das unter Biden zu «woke» geworden sei und deshalb, so Miller, keine richtigen Kriege mehr geführt habe. Oder das sich, so Hegseth, bisher an falsche «Einsatzregeln» habe halten müssen. So werde Krieg der Gegenwart mit voller Härte geführt. Es gebe darin «keine demokratischen Übungen, keine politisch korrekten Krie-

ge» mehr, sondern nur noch militärische Härte, die den Lauf der Dinge bestimme. (Kriegs-)Völkerrecht soll darin keine Rolle mehr spielen. Das heisst nicht, dass der moralische Kompass dabei verloren gegangen wäre. Für Hegseth, der islamophobe Tattoos auf seinen Armen trägt, ist es vielmehr die Bibel, die den Weg vorgibt. Der christliche Nationalismus spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle in der ideologischen Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg. Allerdings ist er in diesem Fall vielleicht nicht einmal das zentrale Argument.

Hegseth, Miller und so manch anderes Führungspersonal führen jene Konterrevolution fort, die wir vor zwei Ausgaben dieser Zeitung bereits als Charakteristikum der gegenwärtigen Rechtsentwicklung beschrieben haben. Der Krieg ist dabei wesentlicher Teil der kulturellen Konterrevolution. Militärische Härte gilt als zentraler Beweis von Stärke und Männlichkeit. Brutalität ist darin nicht mehr bloss militärisches Mittel zum Zweck, sie ist der Zweck des Krieges. Damit einher geht eine faschistische Ästhetisierung des Krieges. Gemacht für ein Zielpublikum auf Instagram und Tiktok, werden die grössten Explosionen täglich im Kurzformat präsentiert, unterlegt mit neuester Popmusik oder Szenen aus Kriegsspielen wie Call of Duty. Je grösser dabei die Explosion, desto besser.

Man sollte diese Inszenierungen des Krieges nicht einfach als propagandistisches Detail abtun. Denn darin zeigt sich ein charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen Faschisierung: Die Normalisierung und Ästhetisierung staatlicher Gewalt, die nicht nur das Recht zum Töten beansprucht, sondern dieses auch noch in Dauerbeschallung zu inszenieren weiss. Und die diese Gewalt zugleich immer wieder real inszenieren muss, will sie ihren eigenen Ansprüchen genügen. Krieg ist darin die logische Konsequenz. Oder auf die konkrete Situation übertragen: Wenn man schon einmal die gesamte Armada an Kriegsmaterial verschifft hat, dann muss man diese Situation nutzen und zuschlagen, selbst wenn eine diplomatische Lösung längst auf dem Tisch lag.

Machtkampf im Interregnum

Aus Kontexten allein ergibt sich noch keine zusammenhängende Erklärung. Und relevant werden diese für uns auch erst dort, wo man sie in ein Verhältnis zu zwei weiteren Kategorien setzen kann: Zum Kapital und zur Klasse. Ein Vorschlag lautet, die aktuelle Situation umfassender als Krise zu lesen, in der es am Ende des Neoliberalismus zur Suche nach einer neuen Ordnung kommt und zugleich zu einer chaotischen Übergangsphase. Kurz gesagt führen sinkende Profitraten in den neoliberalen Zentren und eine globale Wirtschaftslage, in der es nach Jahrzehnten Dominanz westlicher Unternehmen tatsächlich kapitalistische Konkurrenz in anderen Weltregionen gibt, zu neuen politischen Antworten, die sowohl Wähler_innen mobilisieren als auch für das Kapital interessant werden. Dazu gehört das Programm Trumps, das einerseits Wirtschaftsaufschwung durch Deregulierung verspricht, andererseits eine Stärkung des Staates als Vertreter nationaler Kapitalinteressen anstrebt. Der Preis dafür sind stark ideologisierte Staatsapparate und eine neue Kriegsbereitschaft.

Diese Entwicklung kann man auch etwas umfassender formulieren: Analog zu Marx' These über die ursprüngliche Akkumulation, ist Gewalt nicht nur «Geburtshelfer» einer «alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht», sondern auch konstitutiv für einen Epochenumschwung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Gewalt ist kriegerische Gewalt in Form imperialistischer Kriege und zugleich Ausdehnung des Disziplinierungs- und Machtanspruchs des Kapitals gegenüber der Ware Arbeitskraft, die gleichzeitig kriegs- wie wirtschaftstüchtig gemacht werden soll. Im Krieg gegen den Iran verdichten sich all diese verschiedenen Stränge weiter:

Erstens sichert die fossile Energiepolitik die materielle Grundlage, auf die man in den USA auch in der neuen Ordnung setzen will – dass gerade die fossile Energie zum Scheitern der amerikanischen Politik gegenüber dem Solarimperium China beitragen wird, sei dahingestellt. Zweitens definiert der Kampf gegen China den geopolitischen Charakter der kommenden Epoche. Drittens sorgt die kulturelle Konterrevolution für die ideologische Mobilisierung im Innern, die für eine neue Ordnung notwendig ist. Dass all das gleichzeitig stattfindet, ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines Interregnums, in dem ökonomische Krise, imperialistische Neuordnung und reaktionäre Formierung einander bedingen, und in dem der Krieg nicht Ausnahme, sondern Normalzustand ist. Unklar bleibt dabei, wohin sich die Welt in dieser Phase letztlich bewegt und ab wann wieder von einer festen Ordnung die Rede sein kann.



Walter Rodney bei der Arbeit mit der Verlegerin Jessica Huntley von Bogle-L'Ouverture Publications, einem Verlag, der kritische Werke afro-karibischer Autor_innen veröffentlichte.

ANTIKOLONIALER MARXISMUS

Wie Europa Afrika unterentwickelte

Gespräch über das neu herausgegebene Werk von Walter Rodney, der marxistischen Grundlage für ein vertieftes Verständnis der Geschichte des afrikanischen Kontinents und der nachhaltig destruktiven Rolle der (ex-) Kolonialmächte darin.

(az) Rodney war ein führender Denker und Aktivist der antikolonialen Revolution der 70er Jahre. Er lebte in Guyana, zeitweise lebte und lehrte er aber auch in Jamaica und in Tansania. 1980, kurz nach der Gründung der Working People's Alliance (WPA) in Guyana, wurde der 38-jährige ermordet, wohl aufgrund des Erfolgs der WPA, die afrikanische und indische Arbeiter_innen zusammenbrachte und die sozialdemokratische Regierung herausforderte. Ende 2025 wurde das Werk aus dem Jahr 1972 auf Deutsch neu herausgegeben, Bafta Sarbo hat darin ein Vorwort geschrieben und sich bereit erklärt, mit uns darüber zu sprechen. Sie ist Sozialwissenschaftlerin und beschäftigt sich mit Marxismus, Antikolonialismus, Antirassismus und Polizeigewalt. 2022 erschien «Die Diversität der Ausbeutung». Diesen Sammelband hat sie in Zürich gemeinsam mit der Mitherausgeberin Eleonora Roldán Mendivil vorgestellt.

Walter Rodney war Marxist. Wie ging er mit dem Vorwurf um, Marxismus sei eurozentrisch?

Der Marxismus ist für ihn kein Paket an bestimmten Meinungen, Positionen oder Analysen des europäischen Kontextes, sondern eine Methodologie. Er ist ein Analysesystem, um Gesellschaft zu verstehen und zu verändern. Das hat Rodney mit seinem Hauptwerk «Wie Europa Afrika unterentwickelte» gemacht. Und er verweist auf verschiedene Revolutionäre, die das für andere Teile der Welt schon gemacht hatten, beispielsweise Lenin für den russischen Kontext, Mao den chinesischen, Che Guevara für Kuba oder Amílcar Cabral für die portugiesischen Kolonien.

Er hat das Werk für afrikanische Revolutionäre geschrieben, aber auch für seine Studierenden, denn in den 60er Jahren wurde diese Diskussion aktiv geführt. In Tansania, wo die Staatsideologie der Auffassung war, es brauche einen afrikanischen Sozialismus, weil der Marxismus eurozentrisch sei, gab es beispielsweise Bedarf dafür. Rodney schreibt also dieses Buch, um zu beweisen, dass die Methode des historischen Materialismus und der Analyse der politischen Ökonomie auf Afrika anwendbar ist.

Welche Relevanz hat das Buch für Leser_innen, insbesondere Schwarze?

Dass der afrikanische Kontinent unterentwickelt ist, lässt sich ja schwer bestreiten und es werden einem Erklärungen geboten, warum das so ist. Und die meisten Erklärungen sind rassistisch: Afrikaner sind nicht so intelligent, dann gibt es klimatische oder kulturelle Erklärungen, der Fleiß fehle einfach usw. Grundsätzlich problematisieren Erklärungen den Kontinent selbst oder die Afrikaner_innen. Das ist das erste Werk, das nicht nur kohärent versucht hat, diese Argumente zu widerlegen, sondern eine systematische Analyse davon zu machen, was der Kapitalismus und die europäische Kolonialgeschichte damit zu tun haben. Das ist einerseits psychologisch wichtig, weil es auch eine Aufwertung ist, die man dadurch erfährt, aber es gibt einem auch ein Verständnis in die Hand, weshalb die Welt so aussieht, wie sie aussieht. Deshalb war das

Buch sehr wichtig für mich und viele andere. Die Relevanz des Buches als marxistischer Text ist mir erst sehr viel später bewusst geworden.

Rodney hat sich weniger mit den Sklav_innen befasst und mehr mit den Zurückgebliebenen, dem Kontinent, der beraubt wurde und was das bewirkt. Das erscheint mir sonst vernachlässigt.

Es ist auch meine Wahrnehmung, dass die Auswirkungen der Sklaverei auf Afrika nicht im Bewusstsein sind. Wenn wir uns mit Effekten der Sklaverei auseinandersetzen, dann in der Regel mit Schwarzen Menschen in den Amerikas, weil sie da über eine politische Bewegung ein höheres Bewusstsein erlangt haben, als Nachfahren von Sklav_innen setzen sie sich mit deren Erleben auseinander, das ist natürlich auch richtig so. Was die Sklaverei mit Afrika selbst gemacht hat, was der Raub einer ganzen Generation der jungen, fähigsten Leute mit einer Gesellschaft macht, ist ein Aspekt, den er nennt, der die Unterentwicklung des afrikanischen Kontinents mitbegründet hat. In seiner Doktorarbeit «A History of the upper Guinea coast» ist er spezifischer auf den Sklavenhandel eingegangen. Um den Sklavenhandel zu ermöglichen, haben die Europäer bei ihrer Ankunft ein Rechtssystem eingeführt, damit Menschen gefangen genommen und in die Sklaverei verkauft werden können. Das existierte vor allem, um genug Menschenmaterial für den Sklavenhandel zu haben. Das prägt die Gesellschaft aber nachhaltig, allein in der Frage, wie Gerechtigkeitsvorstellungen funktionieren.

Wie definiert Rodney Afrika? Er wurde ja in der Karibik geboren.

Der Panafricanismus kommt aus der Diaspora, aus der Karibik. Kwame Nkrumah – der erste Präsident des unabhängigen Ghana – gilt als der Begründer des Panafricanismus, aber die panafricanische Idee entsteht in der Karibik, die ersten Kongresse finden alle in den Amerikas oder in England statt, erst in den 70er Jahren in Afrika selbst, da tritt Rodney dann auch auf.

Es gibt den panafricanischen Raum, der durch Sklaverei geprägt ist, wo die Bevölkerung zum Grossteil Schwarz ist, das ist der Ort, wo die Black Power Bewegung entsteht, in der Rodney eine der federführenden Personen war. Innerhalb der Black Power Bewegung der 60er Jahre ist der Panafricanismus als positiver Rückbezug ein Pfeiler. Die Ideologie war eine Form von Antiimperialismus, in dieser Zeit ein selbstverständlicher Teil der Bewegung, Teil des Antirassismus, der klar davon ausging: Damit die in der Diaspora befreit werden können, muss Afrika befreit werden. Es gibt also eine unmittelbare Relevanz des antikolonialen Kampfes in Afrika für die Schwarzen Menschen in den Amerikas, weil ihre Unterdrückung mit der Unterdrückung Afrikas zusammenhängt. Das war der Zeitgeist, Rodney ist nach Afrika gereist und hat die Geschichte aufgearbeitet.

In einem panafricanischen Verständnis von Afrika ist deshalb der gesamte Transatlantische Raum gemeint, wo die afrikanische Diaspora ist, ist der Raum, in dem der Kapitalismus entsteht, dieser Raum zwischen Afrika und den Amerikas.

War Panafricanismus immer sozialistisch?

Die hegemoniale Idee innerhalb des Panafricanismus war sozialistisch. Es gibt die berühmte Definition von

Kwame Nkrumah, der sagte, Panafricanismus sei die vollständige Vereinigung und Befreiung Afrikas unter dem wissenschaftlichen Sozialismus. Die relevanten Gruppen, die es heute noch gibt, beziehen sich darauf. Das Problem ist, bei der Afrikanischen Union, die das repräsentieren sollte, merkt man davon gar nichts mehr.

Das spricht Rodney in seiner Rede vor dem panafricanischen Kongress sehr explizit an. Er sagt paraphrasiert: Der Kolonialismus ist jetzt formal beendet, jetzt beginnt die Phase der Dekolonisierung, in der wir das, was die Weissen vorher gemacht haben, in die Hände des Kleinbürgertums unserer Länder übergeben und das internationale Kapital wieder einladen. Er warnt vor der Weiterführung des Kolonialismus mit anderen Mitteln. Wenn wir uns die letzten Jahrzehnte anschauen, ist das genau das, was geschehen ist.

Wie erklärt man sich, dass in anderen unabhängigen Staaten Entwicklung zugelassen wurde, in Afrika aber nicht?

Der Zeitpunkt unterscheidet sich. Ende des 19. Jahrhunderts dekolonisieren sich die meisten Länder Lateinamerikas, kurz danach ist die Berlin-Konferenz, wo die europäischen Mächte Afrika auf dem Reissbrett unter sich aufteilen. Die Phase des Imperialismus, die Lenin beschreibt, wird eingeläutet durch die Kolonisierung Afrikas.

Ich würde sagen, dass die afrikanische Entwicklung nach der Dekolonisierung aktiv verhindert wurde, hat mit dem Erhalt des europäischen Hinterhofs zu tun, afrikanische Ressourcen und billige Arbeitskräfte für die europäische Integration sollten beibehalten werden. Und es wurde durch der Dekolonialisierung sogar effektiver durchgeführt. Die neokoloniale Ausbeutung ist subtiler. Hinzu kommen politische Gründe, dass sozialistische Führer weggeputscht wurden, war ja auf der ganzen Welt der Fall.

Gibt uns das Buch von 1972 Mittel in die Hand, den Imperialismus von heute zu verstehen, z.B. der Fall Venezuela?

Ich glaube, dass es hilft, die politischen Voraussetzungen zu verstehen. Ich halte die Frage der Unterentwicklung und der abhängigen Ökonomien für zentral, um sich diesen Fragen zu stellen. Wie funktioniert es, dass Gesellschaften darauf reduziert werden, dass ihre Ökonomie deindustrialisiert ist und ihre Wirtschaftskapazitäten darauf ausgerichtet sind, Ressourcen zu exportieren und darauf angewiesen ist, Waren zu importieren? Dass Venezuela so verletzlich war hat auch damit zu tun, dass die Ökonomie so zentral ist für die Wirtschaft. Im konkreten Fall dürfen wir aber den geopolitischen Aspekt nicht unterschätzen.

FRAUENSTREIK 1907

«Genosse, wenn du Marocain rauchst, bist du ein Verräter»

Als die Zigarrenarbeiterinnen im Mai 1907 in Yverdon in den Streik traten, hatten sie nicht nur das Unternehmen und die Stadt gegen sich, auch gewisse Ehemänner stellten ein Problem dar. Mit einem Boykott zwangen sie das Unternehmen in die Knie, die Gewerkschaften entschieden dann jedoch über den Kopf der Frauen hinweg, was sie wollten. Ein Lehrstück, das für alle, die Französisch verstehen, soeben als Comic anschaulich publiziert worden ist.

(az) Anlässlich der kantonalen Industrieausstellung 1901 war man voll des Lobes für die Tabakindustrie: «Es gibt Luft, Licht und Sonne, es ist fröhlich und zweifellos gesund. Diese Werkstätten sind eine Welt für sich! Fast 500 Frauen und junge Mädchen arbeiten dort gemeinsam an Tischen in perfekter Ordnung, trotz des Rufs, dass das schöne Geschlecht geschwätzig sei. Es stimmt, dass man überall nur flinke Finger sieht und Gesichter, in denen der Wunsch zu lesen ist, so viel Arbeit wie möglich zu erledigen.»

Da im Akkord gearbeitet wurde, war der Wunsch so viel Arbeit wie möglich zu erledigen, bestimmt gegeben. Auf Sprechen stand Strafe und in den dunkeln Werkstätten wurde während elf Stunden am Tag in staubiger, stickiger und toxischer Luft für einen Hungerlohn geschuftet. Eine Stunde Arbeit, um mit dem Lohn einen Liter Milch erstehen zu können, eineinhalb Stunden für ein Kilo Brot und sechs Stunden für ein Dutzend Eier. Zudem verfügte Vautier Frères & Cie, wo diese Geschichte spielt, für alles mögliche Lohnabzüge. Diese Strafen fielen sogar dem handzahmen Berufsinspektorat negativ auf und es mahnte Vautier mehrfach an, doch das Unternehmen hielt widerspenstig an Geldstrafen fest. Die Unternehmerfamilie liess sich nichts befahlen, sie befahl. Das Familienoberhaupt David Vautier trug seinen Spitznamen «König David» mit Stolz.

Der Comic «La révolte des cigarières» steigt über die fiktive Hauptperson Sara in die Geschichte ein. Als gestohlenen jenes Kind war sie von einer Vautier-Institution zur anderen gereicht worden, bis sie schliesslich mit 19, bereits alleinerziehende Mutter, in der Zigarrenfabrik der Vautiers in Yverdon ankam. Dadurch betont der Comic von Anfang an die Verflechtungen der Unternehmerfamilie. Sie thronte über allem: Repressionsapparat wie Justiz wie Sozialamt, alle tanzten nach ihrer Pfeife.

Von Frauen für Frauen

1907 ist der erste Streik, der ausschliesslich von Frauen organisiert und geleitet wurde. Keiner der bei Vautier beschäftigten Männer nahm daran teil, und laut der Zeitung «La Voix du Peuple» wurden einige Zigarrenarbeiterinnen «sogar von ihren Ehemännern verprügelt, weil sie streikten, während diese Feiglinge dem gemeinsamen Herrn treu blieben und die Fabrik nicht verliessen».

In dieser ausschliesslich weiblichen Bewegung ragen zwei historische Persönlichkeiten heraus: Lucie Zingre, Arbeiterin und Streikführerin, und Margarethe Faas-Hardegger, Gewerkschafterin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB.

Dass Lucie Zingre die Zeit und Energie fand, eine Gewerkschaft zu gründen, ist eigentlich nicht vorstellbar. Sie rollte elf Stunden am Tag Zigarren und hatte vier Kinder zu versorgen. Von Hand verfasste sie den vierseitigen «Aufruf an alle Arbeiterinnen». Bestimmt hatte sie nicht viele Exemplare, es scheint aber gereicht zu haben, etwa sechzig der 180 Zigarrenarbeiterinnen schlossen sich an. Grundsätzlich forderten sie das Recht auf eine Gewerkschaft, aber sie wollten auch gleichen Lohnvergleich. Trotz egalitärer Postulate kümmerte sich die Schweizer Arbeiterbewegung wenig um die Lohndiskriminierung von Arbeiterinnen, der Konflikt mit der Gewerkschaft war deshalb absehbar.

Lucie Zingre verwendete eine Sprache, die eindeutig von der revolutionären Gewerkschaftsbewegung inspiriert war. Es ist anzunehmen, dass ihr Nachbar, der erfahrene Arbeiteraktivist François Porchet, sie mit Literatur versorgte.

Gewerkschaften sind den Frauen gegenüber zwiespältig

Margarethe Faas-Hardegger hatte eine Ausbildung zur Telefonistin gemacht und dann ein Jurastudium aufgenommen. Mit 23 Jahren, als Mutter von zwei Kindern und Ehefrau, wurde sie die erste weibliche Sekretärin des SGBs, wo sie die Gründung von Gewerkschaftssektionen in Branchen mit hohem Frauenanteil anregte. In ihren vier Jahren beim SGB verdoppelte sich die Anzahl Frau-

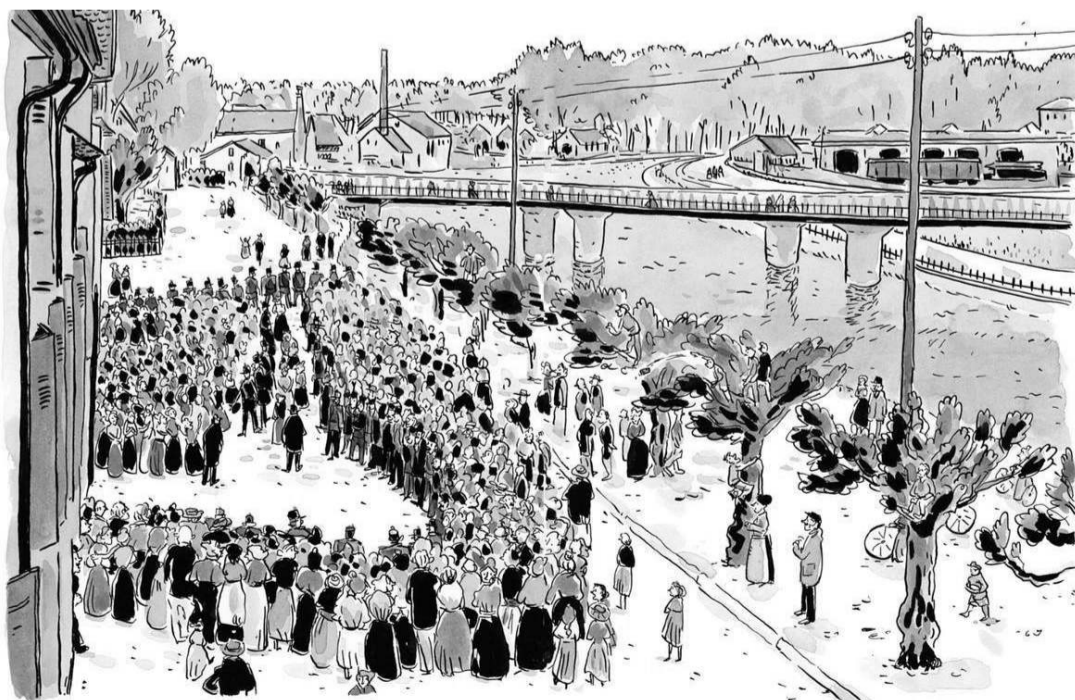
en von lächerlichen 1,5 % der Mitglieder auf immer noch sehr wenige 3 %. Sie gründete auch zwei Zeitungen: «Die Vorkämpferin» auf Deutsch und «L'Exploitée» auf Französisch. Beide richteten sich an Arbeiterinnen, Hausangestellte oder Hausfrauen und ermutigten sie, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, dies in einem Ton, der sich deutlich von der traditionellen Gewerkschaftspresse unterschied, was bei den Führungsspitzen auf Ablehnung stiess.

Die junge SGB-Sekretärin stand in Kontakt mit Lucie Zingre und reiste sofort nach dem spontanen Streikbeginn nach Yverdon, wo sie ohne Erfolg versuchte, den Schweizerischen Verband der Lebensmittel- und Tabakindustrie zu überzeugen, die Streikenden zu unterstützen. Ein Inspektor der kantonalen Sicherheitspolizei, der Faas-Hardegger schon länger beobachtete, war auch vor Ort, Yverdon forderte militärische Unterstützung, was genehmigt wurde. Es kam umgehend zur Eskalation, wie man sich denken kann.

Demonstrationen, Verhaftungen, Schlägereien und Schaulustige waren die logische Konsequenz. Ein Schüler der Berufsschule wurde in den Kerker geworfen, zwei Arbeiter, die gegen die Armee demonstriert hatten, verhaftet und verurteilt und ebenso ein 15-jähriges Mädchen. Die sieben «Anführerinnen», darunter Lucie Zingre, wurden wegen «Störung der öffentlichen Ordnung» und «Widerstand gegen die Staatsgewalt» zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Damit war der Streik niedergeschlagen worden und es folgte die Massenentlassungen von 60 Arbeiterinnen.

Anarchos und Kommis besiegen die Gewerkschaftsbürokratie

Faas-Hardegger bemühte sich, der Frauenfeindlichkeit einiger Gewerkschaftsführer entgegenzuwirken, die mit Verachtung vom «erbärmlichen Streik der Zigarrenmacherinnen» sprachen. Nur dank der Absprache mit revolutionären Gewerkschaftern gelang es ihr schliesslich, Gegenwehr zu organisieren. Die Zigarrenarbeiterinnen und die Zeitung «La Voix du Peuple» riefen gemeinsam zum Boykott der Produkte von Vautier auf, so erfolgreich, dass sich nach einigen Wochen alle Schweizer Arbeiterorganisationen anschlossen, sogar sehr vorsichtige und moderate. Zum ersten Mal erstreckte sich eine Boykottkampagne über die ganze Schweiz und liess den Absatz der Vautier-Produkte einbrechen.



Die einzige Fotografie des Streiks nachgezeichnet. Es zeigt den Streik als Ereignis für die ganze Kleinstadt, insbesondere wie Gendarmen die Arbeiterinnen, die in die Fabrik gehen, vor den Streikenden schützen.

*Camarade, si tu fumes des
Marocaines
tu es un faux-frère, un traître.*

Boykottaufruf gegen Marocain-Zigaretten, ein Vautier-Produkt, in La voix du Peuple, August 1907

Gleichzeitig ermöglichte die Frauensekretärin des SGB mit einer überregionalen Spendenaktion die Gründung einer Produktionsgenossenschaft, um den Entlassenen Arbeit zu verschaffen. Wenige Monate später verkündet «L'Exploitée» stolz, dass die «kommunistische Genossenschaft» mit der Produktion der Zigarette «La Syndicale» begonnen habe. Die Werkstatt ohne Chef sicherte den Lebensunterhalt von etwa zwanzig ehemaligen Streikenden.

Rauch nicht, aber wenn du rauchst, dann «la Syndicale»

Die Kehrtwende in der Erfolgsgeschichte kam mit der Verhandlungslust der Schweizerischen Lebensmittel- und Tabakarbeiter-Vereinigung. Im Tausch gegen eine Aufhebung des Boykotts war Vautier nun bereit, die gewerkschaftliche Organisation zuzulassen. Nach einer langen Kontroverse mit den revolutionären Gewerkschaftern stellten alle dem SGB angeschlossenen Gewerkschaften den Boykott der Vautier-Zigaretten ein und riefen nicht mehr dazu auf, «La Syndicale» zu rauchen. Die Kooperative, Margarethe Faas-Hardegger und Lucie Zingre gerieten dadurch ins Hintertreffen. Die Kooperative existierte noch einige Jahre, aber mehr schlecht als recht.

Im Frühjahr 1909 verabschiedete sich Margarethe mit folgenden Worten von den Leserinnen der «Vorkämpferin» («L'Exploitée» existierte bereits nicht mehr): «Vier Jahre lang wollte ich mit euch eine neue Gesellschaft aufbauen und euch zeigen, wie man ohne Lohnsystem und ohne Unterdrückung zusammenleben kann. Jetzt sagt man mir, dass ich keinen Platz mehr unter euch habe. Das glaube ich nicht. Ich habe meinen Platz unter euch. Ich werde euch nicht vergessen, denn nur die Sekretärin geht, die Genossin bleibt unter euch.» Die Gewerkschaftsspitzen hatten sie rausgemobbt.

Lucie Zingre ist im Gegensatz zu Faas-Hardegger in Vergessenheit geraten. Der Schweizerische Nahrungsmittel- und Tabakarbeiterverband hütet sich vor der Erinnerung an sie, die die Bewegung ins Leben rief, einen Streik anführte und einen erfolgreichen Boykott initiierte. Es war offensichtlich die Revolte der Zigarrenmacherinnen, die soziale Verbesserungen und die Anerkennung des Vereinigungsrechts ermöglichte. In diese Lücke springt nun der Comic und erzählt die Geschichte packend wie zugänglich, mit Lucie Zingre als Vorkämpferin und Rollenmodell auf dem Cover.



Wohl das beste Mittel gegen die bürgerliche Hetze: Den öffentlichen Raum mit eigenen Inhalten füllen. Hier zu sehen das 1. Mai-Fest 1985 in der Bäckeranlage.

EIN TOR ZUR HÖLLE

In Zürich kennen wohl alle die Bäckeranlage. Sieht die «Bäcki» eigentlich schon immer so aus wie heute?

Der feministische Streik 2023 trug den Kampf auch an die Arbeitsplätze. Aktivist_innen leisteten nachhaltige Organisationsarbeit, störten die Normalität in den Betrieben und schafften es, der Care-Arbeit an der Demo in Zürich mit einer erfolgreichen Mobilisierung einen starken Ausdruck zu geben. Erfahrungen und eine Einordnung:

(agi) Ein kleiner Spaziergang im Grünen, etwas bessere Luft und Abstand zum Strassenlärm. Ein Familienausflug ganz nahe oder ein kühles Getränk im Sommer auf dem Rasen. Die Bäckeranlage, eine öffentliche Parkanlage im Zürcher Stadtkreis 4, bietet sich für das an. Eingebettet zwischen Stauffacher-, Feld- und Hohlstrasse und angrenzend an das Schulhaus Kernstrasse, umfasst sie rund 13'700 Quadratmeter und zählt damit zu den wichtigsten Grünflächen im dicht bebauten innerstädtischen Raum.

Revitalisierung einer geschwächten Bewegung

Ihre Geschichte reicht weit zurück: Bereits in der Spätantike, im 5. und 6. Jahrhundert, befand sich auf dem Gelände ein alemannischer Friedhof. Die heutige Parkanlage wurde jedoch erst 1901 vom Landschaftsarchitekten Evariste Mertens konzipiert. Sie war als geometrisch angelegte Grünfläche gedacht, die den Bewohner_innen des stark verdichteten Arbeiter_innenquartiers einen Ort der Erholung bieten sollte. Dennoch blieb die Nutzung zunächst gering, und die Anlage verwilderte zunehmend. Erst in den 1930er Jahren erfuhr sie durch Walter und Oskar Mertens eine grundlegende Neugestaltung. Sie wandelten den Park in einen sogenannten Wohngarten mit grosszügigen Rasenflächen, einem Wasserbecken und einem Musikpavillon um, der 1939 eröffnet wurde.

Diese Entwicklung steht im Kontext eines breiteren Wandels der Funktion von Grünräumen. Während im 18. Jahrhundert das Motiv der gezähmten oder inszenierten Wildheit in Schlossgärten der Repräsentation von Macht diente, wurden im 19. Jahrhundert Bürgerparks und botanische Gärten zu Bühnen bürgerlicher Selbstdarstellung. Das Flanieren in sorgfältig gepflegter Natur war Ausdruck sozialer Abgrenzung und stabilisierte bestehende Hierarchien. Mit der zunehmenden Prekarisierung der Arbeiter_innen im Zuge der Industrialisierung wuchs jedoch auch der Druck, öffentliche Erholungsräume zu schaffen. Parks wurden nun gezielt als Volksparks konzipiert – nicht nur aus sozialpolitischer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive: Als Orte der Regeneration sollten sie die Arbeitskraft erhalten und damit zur Produktivität beitragen.

Auch die Bäckeranlage ist Teil dieser Entwicklung – und zugleich ein Ort, an dem sich städtische Konflikte ver-

dichten. Seit den 1970er Jahren wurde der Park vermehrt von obdachlosen und alkoholabhängigen Menschen genutzt, was sein öffentliches Image nachhaltig prägte. Um die Jahrtausendwende berichteten Medien wiederholt über die Anlage, etwa über den Brand des Musikpavillons im Jahr 1996. Besonders brisant wurde die Situation in den späten 1990er Jahren: Nach der Auflösung der offenen Drogenszenen am Platzspitz und Letten drohte die Bäckeranlage zu einem neuen Treffpunkt für Drogenkonsumierende zu werden.

Die Stadt Zürich reagierte 2001 im Rahmen des Projekts «Langstrasse Plus» mit umfassenden Massnahmen. Der Park wurde zeitweise geschlossen, eingezäunt und unter verstärkter polizeilicher Kontrolle gestellt; zusätzlich wurde ein temporärer Polizeiposten eingerichtet. Kurzfristig zeigte diese Strategie Wirkung: Die sichtbare Szene verschwand und die Lage beruhigte sich. Langfristig jedoch erwies sich der Effekt als begrenzt, denn der Konsum und Handel verlagerten sich in umliegende Strassen, und mit der Zeit kehrten Teile der Problematik in veränderter Form zurück.

Bis heute bleibt die Bäckeranlage Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Während der Pandemie kontrollierten die Bullen die Anlage sehr häufig und vor allem BIPOC (Black, Indigenous und People of Color) wurden Ziel der Kontrollen. So gab es einige antirassistische Interventionen, die das racial profiling um und im Park thematisierten.

Ein Blick nach Berlin zeigt, dass diese Dynamiken keineswegs einzigartig sind. Im Görlitzer Park wurden ähnliche Massnahmen entschieden: nächtliche Schliessungen, Zäune und verstärkte Kontrollen sollen Drogenhandel und Konflikte eindämmen. Zürich hat eine solche Strategie bereits erprobt. Der Vergleich macht deutlich, dass Eingriffe in den öffentlichen Raum häufig lediglich zu einer räumlichen Verlagerung von Problemen führen, ohne



Kundgebung «Unser Görli bleibt offen» vom 20.07.2025

deren Ursachen nachhaltig zu lösen.

Diese Entwicklungen verweisen auf eine grundlegendere Frage: die Gestaltung und Kontrolle des städtischen Raums selbst. Architektur und Stadtplanung sind nie neutral, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Gestaltung öffentlicher Räume bestimmt, wie sie genutzt werden können und wer darin Platz findet. Insbesondere im Zuge städtischer Aufwertungsprozesse wird gezielt darauf hingearbeitet, nicht-kommerzielle Aufenthaltsmöglichkeiten zu reduzieren. Sitzgelegenheiten verschwinden, während Überwachung zunehmend integriert wird, wie aktuell an Tram- und Bushaltestellen zu sehen ist.

In bestehenden Bauten zeigen sich solche Strategien: Kleine bauliche Eingriffe wie metallene Abdeckungen auf Stromkästen entlang der Langstrasse oder die Entfernung von Sitzbänken in der Bäckeranlage wirken subtil, aber effektiv. Sie zielen darauf ab, bestimmte Nutzungen zu verhindern und unerwünschte Gruppen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Aufwertung und Repression greifen dabei ineinander.

So wird die Stadt im Prozess kapitalistischer Urbanisierung zunehmend als überwachbarer und regulierbarer Raum gestaltet. Sicherheit fungiert dabei nicht nur als politisches Versprechen, sondern auch als ökonomischer Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Die Bäckeranlage erscheint in diesem Kontext weniger als Ausnahme denn als exemplarischer Ort. Ein Raum, in dem sich die Auseinandersetzung um Nutzung, Kontrolle und Zugehörigkeit im städtischen Alltag verdichtet.

Um im Kampf um die Stadt wirksam zu bleiben, braucht es Theorie und Praxis. Die kapitalistische Urbanisierung macht viele betroffen. Auch wenn in den Medien der Drogenkonsum und damit vor allem die Konsument_innen der Drogen für die «Unsicherheit» im Quartier schuldig gemacht werden, gilt es das Geschehen genauer zu betrachten. Dieser höllischen Situation im Quartier, die von der Stadt und den bürgerlichen Medien heraufbeschworen wird, soll mit Repression begegnet werden. Die Bullen «kümmern» sich Hand in Hand mit der sozialen Sip um das Problem. Es wird klar, dass es nur in der Überwindung des Kapitalismus eine Lösung für die Städteplanung jenseits von Ausschluss und Diskriminierung im Sinne ihrer Bewohner_innen gibt. Die langfristige Perspektive der Wiedervereinigung der Stadt ist an eine Enteignung derjenigen gebunden, welche die Stadt besitzen und vermarkten.

ROJAVA

Revolution ist, Blumen auf einem Boden aus Stein zu pflanzen

14 Jahre nach Etablierung des revolutionären Projekts in Rojava, befindet sich der Prozess in einer neuen historischen Phase. Während die militärischen Auseinandersetzungen in den Hintergrund treten, rückt der politische Kampf in den Vordergrund. Die Zukunft ist ungewiss aber der Kampf ist nie vorbei.

(gpw) Nach den Gesprächen in Paris vom 5. Januar zwischen der syrischen Übergangsregierung sowie Israel und der Türkei, starteten die dschihadistischen HTS-, wie auch SNA-Banden eine Angriffswelle mit genozidalem Charakter auf die demokratische Selbstverwaltung. Unter Druck der imperialistischen und regionalen Grossmächte, allen voran der USA und Grossbritannien, wurde am 30. Januar schliesslich ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der Selbstverwaltung und der Übergangsregierung geschlossen. Um weitere Kriegsfronten, Zerstörung und Vertreibung zu verhindern, führen die Freund_innen in Rojava nun den politischen Kampf in Verhandlungen rund um die Integration in die neue syrische Regierung unter Beibehaltung eines autonomen Status.

Es liegt in der Natur solcher Verhandlungen, dass sie nicht mit offenen Karten geführt werden. Aus der Distanz fällt es zugegebenermassen oft schwer, die einzelnen Schritte immer richtig nachzuvollziehen, geschweige denn frühzeitig richtig einordnen zu können. Doch während die bürgerlichen Medien bereits das Ende von Rojava erklären und die westlichen Staaten dem ehemaligen Al-Qaida Kämpfer al-Jolani den Hof machen, werden die Errungenschaften weiter verteidigt. So stellte Mazlum Abdi, der QSD-Generalkommandant, zu den Verhandlungen zwecks Integration der demokratischen Autonomie vorne weg klar, dass ein Angriff auf die kurdischen Gebiete eine rote Linie darstellt und weder für Damaskus noch für andere Kriegakteure zu einem Erfolg führen kann. «Wir wollen diese Vereinbarung umsetzen», so Abdi, «aber wir akzeptieren keine Bedingungen, die unsere Selbstverwaltung oder die Sicherheit unseres Volkes gefährden.» Und auch die Frauenverteidigungseinheiten YPJ, deren Fortbestehen und Integration in die syrischen Einheiten einen der offenen Widersprüche darstellt, erklären: «Unser Volk hat für seine Freiheit einen hohen Preis gezahlt. Dieser Sieg war nur möglich durch Mut und Entschlossenheit. Deshalb können die Angriffe auf die Errungenschaften unserer Revolution nur mit dem Geist des revolutionären Volkskriegs beantwortet werden.» Soll heissen, dass erkämpfte Errungenschaften – etwa die Organisierung der Massen, der Aufbau von Kommunen und Räten oder die Selbstverteidigung der Frauen – nicht verhandelbar sind und in den Gesprächen mit Damaskus eine klare Linie beibehalten wird. Die Revolution muss, wie schon in vielen Phasen des Krieges zuvor, verteidigt werden. Unterschiedlich ist nur, dass aktuell im dialektischen Paar vom politischen und militärischen Kampf, die gesellschaftlich-politische Seite zur Hauptseite wird.

Nichts ist vorbei

Die Tatsache, dass jetzt mit der neuen syrischen Regierung verhandelt werden muss, sowie dass es vorgängig zu

Gebietsverlusten kam, mag betrüben. So hat sich die SDF aus den mehrheitlich arabischen Regionen Raqqa, Tabqa und Deir ez-Zor zurück gezogen. Für Defätismus gibt es aber keinen Platz! Jener Rückzug erfolgte nach Provokationen, Mobilisierungen und Angriffen, hauptsächlich durch die neue syrische Regierung und die verschiedenen arabischen Stämme. Am multiethnischen Charakter der Selbstverwaltung von Rojava ändert sich dabei aber nichts. Unter dem Dach der SDF vereinen sich weiterhin arabische, kurdische, armenische, assyrische und internationalistische Kämpfer_innen. Vielmehr ging es darum, einen Krieg unter den Völkern Syriens zu verhindern, das eigene Volk zu schützen und dem Chauvinismus die Stirn zu bieten. Die revolutionäre Bewegung in Rojava greift dabei auf eine jahrelange Erfahrung des Widerstands zurück: Es sind die Konsequenzen des revolutionären Volkskrieges, der Schaffung von revolutionärem Bewusstsein innerhalb der Völker von Nordostsyrien und die Verteidigung der eigenen Prinzipien, welche unseren Freund_innen nun dienen, der geeinten Front globaler und regionaler Mächte entgegenzutreten.

Die Rolle der politisch-militärischen Selbstverteidigung hatte schon immer einen speziellen Charakter in der kurdischen Freiheitsbewegung und verliert auch in der aktuellen historischen Phase an keinerlei Bedeutung. Nun sind es die Mobilisierung des Volkes in Rojava, die Mobilisierung der Massen in, an und über die Grenzen Rojavas hinaus, die zahlreichen Demonstrationen, Aktionen und Interventionen der internationalen Solidarität, welche der Selbstverwaltung ermöglichen, mit einem bedeutenden Gewicht am Verhandlungstisch Platz zu nehmen. Erster Ausdruck davon ist die erfolgreiche Rückkehr der vor Jahren vertriebenen Bevölkerung nach Efrîn und Serêkaniyê, die unter Besatzung der Türkei und deren dschihadistischen Milizen standen. Denn weder der faschistische türkische Staat, noch seine Proxys wären freiwillig und aus reiner Höflichkeit bereit gewesen, die von ihnen besetzten Gebiete aufzugeben.

Nichts ist vergessen

Die Zukunft Rojavas ist offen und wie weitere Veränderungen aussehen ist unklar. Was aber bleiben wird, ist die Strahlkraft, welche das revolutionäre Projekt in alle Teile der Welt hat. Wenn seit über 14 Jahren ein Projekt aufgebaut und eine revolutionäre Perspektive weiterentwickelt wird, bestätigt dies nur, dass die kapitalistische Propaganda vom Ende der Geschichte reine Farce ist. Hier im «Herzen der Bestie», den kapitalistischen Metropolen, war und ist Rojava seit dem Kampf um Kobane und dem Sieg gegen den IS positiver Bezugspunkt: Einerseits reisten nicht wenige Internationalist_innen nach Rojava um sich am Aufbau und der Verteidigung des revolutionären Projekts zu beteiligen. Die dort gemachten Erfahrungen, was es heisst sich fernab der kapitalistischen Einflüsse zu bewegen, das Prinzip der Genossenschaftlichkeit (Hevalti) zu leben, sich mit den Widersprüchen im Aufbau einer befreiten Gesellschaft auseinanderzusetzen, sind subjektiv für die einzelnen Militanten äusserst wertvoll. Dies, weil sie einen Gegenentwurf zur kapitalistischen Vereinzelung

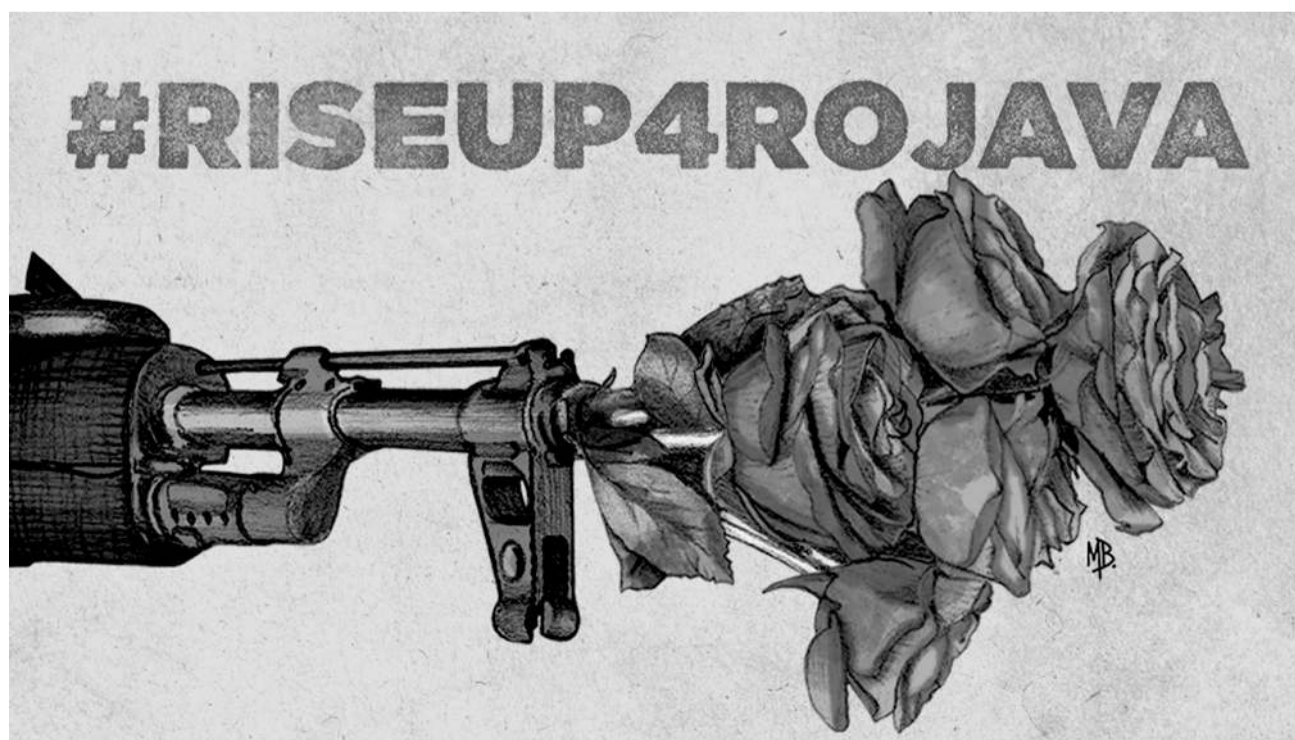
darstellen und helfen, die revolutionäre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Andererseits sind es die Ideen und Impulse aus Rojava, mit welchen sich die hiesige revolutionäre Bewegung auseinandersetzt und trotz ideologischer Differenzen davon lernt. Denn ob in der Türkei oder Nordostsyrien, es ist die kurdische Freiheitsbewegung die lehrt, trotz schwieriger Bedingungen die eigene Politik weiterzuentwickeln. Stets darum bemüht, wenn eine Türe zugeht, zwei weitere aufzustossen.

Nichts darf unversucht bleiben

Es gibt also keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. So wenig, wie es überraschen mag, dass dschihadistische Akteure sich gegen die Errungenschaften der Revolution stellen, so wenig überrascht uns die imperialistische Machtpolitik, welche grünes Licht für die Angriffe auf Rojava gab. Es ist deutlich, wer Freund und wer Feind ist und dass man sich auf den Feind nie verlassen kann. Zu konträr sind die imperialistischen Interessen zum revolutionären Vorschlag. Umso mehr muss es darum gehen, Seite an Seite mit unseren Freund_innen zu stehen und nicht auf jene Kräfte zu hoffen. Wie dies aussehen muss, brachte ein Kommandant der Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee der Türkei (TIKKO / TKP-ML) während dem Besuch einer Delegation in Rojava auf den Punkt: «Wenn ihr hier seid, dann müsst ihr, so wie wir vieles von euch lernen, auch sehr vieles von uns lernen. Ihr müsst Teil vom revolutionären Prozess werden, ihr müsst verstehen und als revolutionäre Militante agieren. Was ihr aber vor allem müsst, ist eure gemachten Erfahrungen bei euch zu Hause kollektivieren, um den revolutionären Prozess bei euch voranzutreiben. Denn Internationalismus bedeutet, den Kampf im eigenen Land zu führen und so Seite an Seite mit den unterdrückten Völkern zu stehen.» Für uns heisst das, die internationale Solidarität mit dem revolutionären Prozess im eigenen Land zu verbinden und dadurch den Genoss_innen einen Teil der Last von ihren Schultern zu nehmen. Auch dürfen wir nicht müde darin werden zu benennen, dass der Feind im eigenen Land steht und wir ihn hier nicht nur angreifen können, sondern auch müssen. Nur so gelingt es, den Menschen in Rojava zu zeigen, dass sie nicht alleine sind. Und nur so ist revolutionärer Internationalismus nicht nur einfach eine leere Worthülse sondern vermag es, den revolutionären Prozess hier voranzutreiben und eine Perspektive zu eröffnen. Der Weg nach vorne ist nicht selten aufwendig, zermürbend und von Rückschlägen gezeichnet. Doch von unseren Freund_innen in Rojava zu lernen, heisst eben auch, Widrigkeiten zu trotzen, sich nicht auf Nebenschauplätzen zu verirren und niemals aufzugeben. Oder wie uns eine Freundin aus Kurdistan schrieb: «Revolution ist, Blumen auf einem Boden aus Stein zu pflanzen. Nichts geringeres muss uns gelingen.»

SNA -Syrische Nationale Armee, von der Türkei unterstützte Miliz

QSD/SDF - Demokratische Kräfte Syriens



ARBEITSKAMPF

«Wir können etwas verändern, wenn wir es selbst in die Hand nehmen»

Im letzten Gespräch hat die Gewerkschaftsaktivistin Clara über die Militarisierung des Gesundheitswesens in Deutschland gesprochen. Dieses Mal reden wir mit ihr über die Arbeitskämpfe der Berliner Krankenhausbewegung, den Streik als Mittel gegen den Rechtsrutsch und das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsbewegung und aktuellen sozialen Bewegungen.

Agfk: Clara, du bist eine langjährige Kämpferin für bessere Arbeitsbedingungen mit viel Streikerfahrung. Was braucht es, damit sich Menschen nicht nur über die schlechten Arbeitsbedingungen beklagen, sondern aktiv werden?

Clara: In unserer Kampagne 2021 für den Tarifvertrag an der Berliner Charité und Vivantes haben wir die Kolleg_innen jeweils gefragt, was sich ändern muss. Gefolgt von der Frage, was sie bereit sind, dafür zu tun. Wenn alle meckern, den Beruf verlassen oder die Arbeitsbedingungen einfach hinnehmen, dann ändert sich nichts. Dafür müssen natürlich auch die Gewerkschaften vom Stellvertreter_innentum wegkommen, hin zu einer aktiven Beteiligung aller. Es ist wichtig, die Erfahrung zu machen, dass nicht einfach über uns bestimmt wird, sondern dass wir wirklich etwas verändern können, wenn wir es selbst in die Hand nehmen. Der Tarifvertrag wurde uns nicht einfach geschenkt – wir haben ihn als Kollektiv erkämpft.

Wenn du das so erzählst, klingt es fast schon einfach, die Leute zu agitieren. Wie seid ihr zu dieser hohen Beteiligung der Beschäftigten gelangt?

Dazu haben wir das Konzept «Organizing for Power» angewendet. Wir waren vorher in Schulungen von und mit Jane McAlevey. Es basiert auf dem systematischen Stärkeaufbau der Beschäftigten, um erfolgreiche Arbeitskämpfe zu führen. Frühere Tarifikämpfe, etwa 2015 für mehr Personal, waren zwar teilweise erfolgreich, hatten aber nicht die gleiche organisierte Stärke. Die Methode wurde zunächst in kleineren Arbeitskämpfen an einzelnen Krankenhäusern getestet. Beim gemeinsamen Arbeitskampf der Charité und Vivantes haben wir sie dann erstmals umfassend und strategisch angewendet. Besonders Vivantes war ein harter Brocken und ohne die Stärke, die wir aufgebaut hatten, wäre das auch gar nicht möglich gewesen so einen starken Tarifvertrag abzuschliessen.

Wie sah das konkret in der Praxis aus?

Traditionell sitzen bei Tarifverhandlungen nur wenige Gewerkschaftsvertreter_innen von ver.di am Tisch und wenn überhaupt, dann nur wenige Beschäftigte. Wir haben «offene» Verhandlungen geführt. Alle Mitglieder der

Tarifkommission und die gewerkschaftliche Verhandlungsführung sassen in den Verhandlungen. Im Nebenraum waren die Teamdelegierten und die Ergebnisse aus den Verhandlungen wurden regelmässig zurückgekoppelt und es wurde gemeinsam entschieden, ob ein Angebot angenommen oder der Streik fortgesetzt wird. Diese direkte Beteiligung macht das Ergebnis nachvollziehbar und stärkt die Kolleg_innen. Es ermächtigt sie!

Mit dem zunehmenden Erfolg der AfD erlebt Deutschland gerade einen ziemlichen Rechtsruck. Merkt ihr diese Entwicklung auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung? Was könnt ihr konkret dagegen tun, dass Arbeiter_innen überhaupt erst nach rechts abrutschen?

Der Anteil von Gewerkschafter_innen, die AfD wählen, ist sehr hoch. Insbesondere in den Betriebsräten müssen wir uns vor rechter Unterwanderung in Acht nehmen. Die beste Methode dagegen ist meines Erachtens, die Erfahrung der Handlungsfähigkeit. Die Ohnmacht, die viele momentan empfinden, macht anfällig für einfache Lösungen. Wenn aber durch einen Streik etwas gegen den Willen des Arbeitgebers durchgesetzt werden kann und dies solidarisch miteinander geschieht, ist das auch Teil des Kampfes gegen rechts. Solidarität, also dass sich nicht nur für eine bestimmte Gruppe, sondern für alle etwas verbessern soll, ist ja eine ganz grundlegende Idee von Gewerkschaft.

Du sprichst Solidarität an. Gibt es Bezüge zwischen der Gewerkschaftsbewegung und aktuellen sozialen Bewegungen?

Eine Verbindung von Krankenhausbewegung und sozialen Bewegungen gab es etwa während der Kampagne zum Volksentscheid über «Deutsche Wohnen und Co enteignen» (DWE) 2021 in Berlin. Die Leute von DWE kamen zu praktisch jeder unserer Veranstaltungen und zu unseren Streikposten. Ausgebaut wurde die Verbindung zwischen Gewerkschaftsbewegung und sozialen Bewegungen auch beim bundesweiten Tarifikampf im öffentlichen Nahverkehr. In Berlin hiess dieses Bündnis «Berlin steht zusammen». Aktivist_innen von Fridays for Future führten vor dem Streik Gespräche mit den Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) über die Zusammenhänge zwischen ihren Arbeitsbedingungen und einer ökologischen Verkehrswende und unterstützten sie auch bei Streikposten.

Und wie ist das angekommen?

Anfangs gab es schon eine gewisse Skepsis von Seiten der BVG Kolleg_innen. Aber als die jungen Aktiven jeden

Morgen um 6 Uhr am Tor standen und sie ins Gespräch kamen, hat sich die Situation entspannt. Mit der Unterstützung der Aktivist_innen konnten schlussendlich viel mehr Beschäftigte erreicht werden. Ausserdem hat ihre Beteiligung ein besseres Verständnis in der Öffentlichkeit geschaffen: Es konnte vermittelt werden, dass die Situation mit den Streiks zwar ein paar Tage lang nervig ist, dadurch aber die Zukunft für alle verbessert werden kann.

2027 steht in der Schweiz der grosse feministische Care-Streik an. Getragen wird er zu grossen Teilen von sozialen Bewegungen. Was kannst du uns in Hinblick darauf mitgeben?

Wir organisieren seit einigen Jahren am 8. März eine grosse, gewerkschaftliche Demo, die stark gewachsen ist und viel Mobilisierungspotenzial zeigt. Diesmal waren wir 30'000! Den 8. März oder den 14. Juni mit einem tatsächlichen Streik zu verbinden ist schwierig. Besonders wenn die Verankerung in den Betrieben schwach ist oder rechtliche Einschränkungen bestehen. Eine grosse, breite Demo zu organisieren, ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. In diesem Jahr gab es am 9. März landesweit Frauenstreikaktionen – die waren aber eher symbolisch. Gebt uns auf jeden Fall Bescheid, wenn ihr weitere Antworten findet.



ARCHIV

Nach dem Sechseläuten kommt der 1. Mai.

Vor 20 Jahren, am 19. April 2006, wurde der Böögg aus der Garage des Bööggbauers Heinz Wahrenberger entführt. «Klassenkampf hat auch seine lustigen Seiten», so hiess es im Pressecommuniqué der «Revolutionäre Bewegung 1. Mai – Strasse frei». Am 1. Mai schliesslich hatte der Böögg seinen grossen öffentlichen Auftritt unter dem Jubel der revolutionären Bewegung in Zürich auf dem Kanzleiareal. Dazwischen gab es spannende Berichte aus dem Volksgefängnis.

(az) Es schien ein kühner Traum, welcher wahr wurde. Schadenfreude legte sich über das Gesicht derjenigen, welche damals aktiv gegen Staat und Kapital kämpften. Den Bonzen aus Zürich wurde vor ihrem alljährlichen Openair-Maskenball das Aushängeschild gestohlen. Während die herrschende Klasse uns jedes Jahr am internationalen Kampftag der Arbeiter_innenklasse ihre Schergen in Uniform entgegenstellen, konnte die revolutionäre Bewegung der Gegenseite einen Schlag versetzen und den Böögg als eine Art Trophäe ihr Eigen wissen. «Wir waren nicht die ersten und werden auch nicht die letzten sein, die mit Freude das Sechseläuten sabotieren.» Die Bonzen, welche ihrerseits an ihrem Umzug das anwesende Volk mit Weggli und Feuersteinen beschenken, sind diejenigen, die für Lohnsenkungen und Entlassungen verantwortlich sind, sozialstaatliche Leistungen abbauen und gegen «die Asylmissbraucher» hetzen. Damals wie heute, die Namen sind andere, die herrschende Klasse dieselbe. Die Zünfte gehören auf die Müllhalde der Geschichte, nicht aber auf die Strasse.

Berichte aus dem Volksgefängnis

Es wurde rege diskutiert im Volksgefängnis. Der Böögg war schon lange unzufrieden mit seiner Situation. Obwohl er zu Anfang noch gegen seine Gefangennahme protestierte, sprach er zunehmend von Differenzen zu den Zünftler-Bonzen. Im regen Austausch mit anderen Bööggen kamen immer wieder die gleichen Themen zur Sprache: «Wenn sie schon an vorderster Front die ganze Arbeit leisten müssten, warum seien sie es nicht, die gemeinsam beschliessen, wann und wo und in wessen Namen sie brennen würden?» Auch über die Zünftler selbst war kaum ein gutes Wort von ihm zu hören. «Das seien halt richtige Kapitalisten. Die verdienen auch sonst ihr Geld mit der Arbeit anderer.» Er machte sich grosse Sorgen um seinen Bruder, den Ersatzböögg und war ausser sich, dass der Schokoladenosterhase, welcher als Ersatz für den Böögg für den Bööggbauer zurückgelassen wurde, von der Polizei verhaftet wurde.

Da der Böögg sich ständig über seine eigene Lage in Zeitungen und Fernsehen selbst informieren durfte und dadurch merkte, dass die Polizei ihn gar nicht retten, sondern nur zurück zur Arbeit schleppen wollte, machte sein Bewusstsein in diesen Tagen im Volksgefängnis sprunghafte Entwicklungen durch. «Dass mich meine Arbeitgeber nur ausbeuten, dass ich für sie all die Zeit nur den Kopf hinhalten musste, damit sie ihr dekadentes Treiben auf meinem Rücken austragen konnten, war mir schon seit längerem klar. Nicht einen Rappen Lösegeld

wollten sie für mich bezahlen.» Sich seiner gesellschaftlichen Klasse bewusst geworden, merkte er schnell, auf welcher Seite der Barrikade er stehen wollte, solidarisierte sich als einer von ihnen mit der Arbeiter_innenklasse und stellte der revolutionären Bewegung seinen explosiven Inhalt zur Verfügung. «Meine Sprengkraft soll an solche gehen, die damit keine Personen, sondern die Institutionen derjenigen angreifen, die um mich herumreiten sollten, während ich verbrenne. So bin ich teil eures Kampfes.» Nach seinem umjubelten Auftritt am 1. Mai unter seinesgleichen, wurde er später von der Polizei verhaftet, Tage später aber wieder befreit. Das Plakat erzählt seine Geschichte.

GESCHICHTE EINES BOÖGGs



Alle Jahre verbrannte der zürcher Bonzenmob ihren Böögg auf dem Scheiterhaufen ...



... bis er im Jahre 2006 von der Bewegung "1. Mai - Strasse frei" entführt wurde ...



... so endet die Geschichte aber nicht: ... Die Bewegung rettete den Böögg in einer Befreiungsaktion. Ab jetzt gilt:



... schnell wechselte er die Seite, solidarisierte sich mit der ArbeiterInnenklasse ...

1. Mai - Böögg mit dabei !



... und überliess seine Sprengkraft dem Klassenkampf von unten. ...

... am 2. Mai dann der Hiobsbotschaft: Die Bullen nahmen den Böögg gefangen, schlitzen ihn auf und machten ihn zur Vernichtung bereit ...



... So tauchte er unter Jubel am 1. Mai auf, dem Tag der ArbeiterInnenklasse. ...



... Auf dem revolutionären Treff verbrachte er diesen Tag unter uns und mit uns ...



DER BOÖGG DEN BÜEZERINNEN

LMV

Auswege aufzeigen

Im November letzten Jahres wurde auf dem Bau wieder gestreikt – und die Unia war offensiver als sonst. Eine Einigung für einen neuen Landesmantel-Vertrag (LMV) konnte im Dezember just vor dem vertragslosen Zustand noch erreicht werden. Wir haben mit J. - einem PdA-Mitglied, Unia-Vertrauensperson auf dem Baunebengewerbe und Aktivist:innen von «Arbeiter:innen solidarisch» - gesprochen.

(az) Vor drei Jahren haben wir zum Abschluss der LMV-Kampagne 2022 mit deinem PdA-Genossen Marius (siehe aufbau online Zeitung) gesprochen. Damals hat er von einer Pattsituation erzählt. Beide Seiten konnten ihre Offensive nicht durchsetzen – aber für die Bauleute ist nicht einmal der Teuerungsausgleich rausgesprungen. Mit welchen Forderungen sind die Bauleute und die Baumeister dieses Mal in die LMV-Verhandlungen getreten? Es scheint, die Unia war offensiver und die Baumeister eher abwartend.

Die zwei wichtigsten Forderungen waren: Schluss mit den unbezahlten Reisezeiten – also mit der halben Stunde, die am Morgen jeweils nicht vergütet wird. Das ist Lebenszeit, die letztlich drauf geht. Und dann der automatische Teuerungsausgleich. Auf Seiten der Baumeister hört man, dass der neue Präsident als Hardliner auch nicht nur Sympathien innerhalb des SBVs genießt. Und der SBV hat wohl aus der letzten LMV-Runde gelernt, dass er mit frühen absurden Forderungen wie der Auflösung der Frühpensionierung erst recht den Zorn der Arbeiter_innen auf sich zieht. Die Unia ist wirklich – ausnahmsweise muss man sagen – recht offensiv in die LMV-Verhandlungen gestartet.

Woher diese Offensive? Kommt das von der Basis oder gibt es andere Eigeninteressen der UNIA?

Es ist immer ein Zusammenspiel. Als Gewerkschaft ist man in der Zwickmühle. Wenn man zu viel fordert, verscherzt man es sich mit der Gegenseite. Wenn man zu wenig fordert, verliert man bei der Basis an Glaubwürdigkeit. Sie dürfen nicht verbrannte Erde hinterlassen, aber müssen auch ihre aktive Basis zufriedenstellen. Aber ich glaube, die Gewerkschaften merken generell, dass sie jetzt diese Kämpfe führen müssen, sonst verlieren sie längerfristig. Eigentlich kommen sie ja immer stärker aus einem Kampf heraus.

Und wie wertest du das Ergebnis?

Ich habe etwas Angst, was nach dem Ergebnis geschieht. Klar sie haben den automatischen Teuerungsausgleich durchgebracht. Aber gewerkschaftsintern ist der umstritten, weil er Krankenkassen- und Mieterhöhungen nicht abdeckt und wir also trotzdem Reallohnverlust machen. Was aber vor allem Sorge macht, sind die sechs – statt wie bisher vier – Jahre Laufzeit und das ist das eigentliche Zugeständnis der Gewerkschaft. Es ist die Frage, wie stark die Gewerkschaft diese sechs Jahr nutzt, um Aufbauarbeit auf den Baustellen zu machen oder taucht man erst kurz vor Vertragsende wieder auf den Baustellen auf? Aber die Baugruppe ist insgesamt doch gestärkt aus dem Kampf gegangen. Jetzt wäre die Frage, wie die Organizingstrukturen weiterfunktionieren, wie viel die Vertrauensleute übernehmen, ob sie ihre Kollegen und Kolleginnen agitieren und ein aktives Gewerkschaftsleben entwickeln können.

Gibt es in Zürich wirklich diese Strukturen?

Die Baubranche ist schon die stärkste der Unia. Und es sind immer mehr Junge am nachkommen. Klar sind es vor allem noch viele ältere VLs, die schon lange dabei sind, Migrationshintergrund haben und schon ein starkes gewerkschaftliches Bewusstsein haben. Aber die Jungen kommen nach.

Das ist erstaunlich. Sonst ist die Jugend ja eher schwerer zu organisieren. Wie schafft das die Unia auf dem Bau?

Man ist jung, auf der Baustellen, gibt Lebenszeit und Gesundheit für den Profit von anderen. Ich denke, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist hier extrem spürbar. Wie in der Pflege ist der Bau auch ein Bereich, wo man sich komplett kaputt schuftet. Klar Pflege und Baustelle – öffentlicher Dienst und Private – das ist noch ein Unterschied. Auf der Baustelle machst du dich körperlich und mental kaputt für den direkten Profit. Das ist schon ein Widerspruch, mit dem man arbeiten kann. Das sehen auch die Jungen. Und am GenZ-Vorwurf, dass die Generation zu faul ist zu arbeiten, ist auch was dran. Früher



Streikposten am 14. November 2025 in Zürich

gab es noch Versprechen. Wenn ich an meinen Vater denke - er war Heizungsmonteure und konnte sich noch einen Hausteil kaufen. Da hat es sich noch irgendwie gelohnt seine 100% vollgas zu arbeiten. Und dieses Versprechen hat meine Generation halt einfach nicht mehr. Sollen wir für den Profit anderer uns kaputt schuften?

Die Unia hat vor ungefähr 10 Jahren eine operative Ausrichtung hin zu Polieren gemacht. Einfach aus der Erfahrung heraus, dass sie der Dreh- und Angelpunkt bei der Durchsetzung von Streiks sind. Hat sich das bewährt?

Auf jeden Fall. Auf dem Bau funktionierst du als Team und das Verhältnis zu den Polieren ist wichtig. Poliere sind letztlich die, die direkt mit dir arbeiten. Es ist nicht nur, dass sie befehlen, sondern meistens schauen sie auch für ihre Leute. Im Streik sind sie deshalb eine Schlüsselstelle. Natürlich setzen die Baumeister die Poliere auch unter Druck. Aber man sollte hier den menschlichen Aspekt nicht vergessen. Wenn das Team auf einer Seite steht, hat die Geschäftsleitung weder personelle noch ökonomische Macht im Betrieb. Da kann die Betriebsleitung noch so dumm tun und mit Kündigung drohen. Gerade mit dem Fachkräftemangel steht die Betriebsleitung schwach da. Momentan hast du eine Position der Stärke, dass du das Maul aufmachen kannst, ohne dass dir zu viel passieren würde.

Das ist ja spannend. Man würde ja auch Arbeiter_innenmacht in der Pflege haben. Aber das übersetzt sich dort nicht in Durchsetzungsfähigkeit oder dem subjektiven Gefühl von Verhandlungsmacht.

Ja, es bräuhete halt zusätzlich diese systematische Arbeit von Gewerkschaften und von uns Politischen, damit die Leute nur schon die Hoffnung entwickeln und die Perspektive haben, dass etwas besser wird. Damit die Leute eben auch selbst mal das Gefühl der Selbstermächtigung oder der Wirkmächtigkeit haben. Es ist ja dann ein Unterschied, ob man zu dritt in einem Betrieb hockt und sein Süppchen kocht oder mit 50 Leuten etwas verändern kann.

Marius hat im Nachgang der letzten LMV-Kampagne gesagt, bei der «nächsten Vertragsperiode wird die Entscheidung des Kampfes auf den Strassen von Zürich ausgetragen». Das wirft Fragen auf. Die Unia war diesesmal in den Streiktagen vor Zürich eher konfrontativ unterwegs – insbesondere in Basel. Dann in Zürich wollte sie auf keinen Fall eine Durchsetzung des Streiks. Es wurde enorm defensiv argumentiert. Angst vor Medienhetze und auch Angst vor der Polizei – gerade die Repression gegen die Palästina-Bewegung scheint den Reformist_innen hart eingefahren zu sein. Dann wiederum hört man, man sei ja kurz vor einem Abschluss – also wieder eher ein offensives Selbstbewusstsein. Wie schätzt du das ein?

Schon offensiv. Nach dem Streiktag in Basel hatte wir eigentlich genug Druck aufgebaut. Deshalb wollte man nicht mehr weiter eskalieren. Und dann gab es natürlich einen gewissen Gegendruck durch die mediale Hetze. Es ist halt immer diese Gratwanderung. Man kann natürlich Sachen einfach durchsetzen und wirklich den Kampf vor-

antreiben. Aber am Schluss musst du am nächsten Tag wieder als Gewerkschaftler_in auf die Baustelle arbeiten gehen. Und wenn man dann verbrannte Erde hinterlässt, dann sind die Bauarbeiter_innen nachher einfach nicht mehr organisierbar. Deshalb würde ich – mit Blick auf die gesamtschweizerischen Ebene – sagen, man wollte in Zürich keine unnötige Eskalation mehr. Man hat nur taktisch wichtige Baustellen geschlossen oder dort, wo eine substantielle Streikbereitschaft in der Belegschaft war.

Was läuft dann in Basel anders als in Zürich? Es scheint zuverlässig einen starken Kern an der Basis zu geben.

Dass die Basis so kämpferisch ist, hat auch damit zu tun, dass die Unia in Basel einen Ausweg aus der Situation aufzeigt. In den kapitalistischen Verhältnissen findet man immer einen Grund, Leute zu organisieren. Aber dass das auch wirklich passiert, dafür braucht es bestehende Strukturen, die den Leuten auch Hoffnung vermitteln, materielle Möglichkeiten geben und die hinstehen und sagen, wir kämpfen jetzt miteinander. Das kann von betrieblichen Strukturen kommen oder auch mit dem Funken von der Gewerkschaft von aussen – solange es zueinander in einem Verhältnis steht und eine Dynamik entfacht, wird gekämpft. Und so lässt sich übrigens auch eine Baustelle mobilisieren, die vielleicht im Vergleich gar nicht so schlechte Arbeitsbedingungen hat.

Es wird überall organized. Aber wie man das macht, scheint unterschiedlich zu sein. Was passiert da in Basel?

Soviel ich gehört habe, ist die gelebte Solidarität in Basel viel grösser. Dort sind die persönlichen Verbindungen zwischen Funktionär_innen und Mitgliedern viel stärker. Man lädt sich auch privat ein zum Abendessen. Ich habe das Gefühl, in Basel wird das Organizing wie das Aufbauen persönlicher Verbindungen viel systematischer gemacht – Gewerkschaft lebt.



LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monates

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

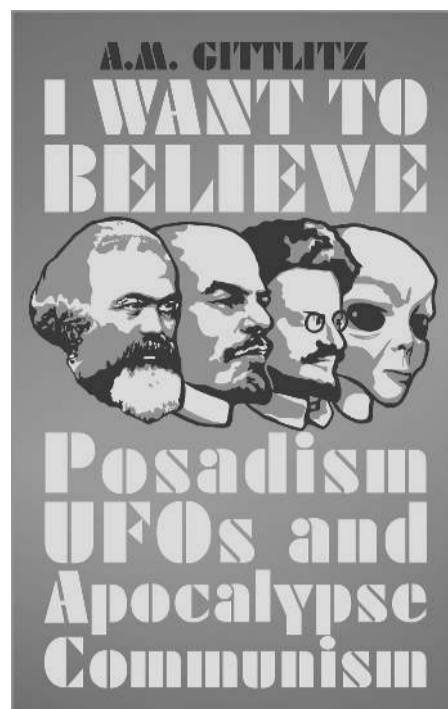


Monika Berberich: Der Kern ist unzerstörbar

Der Kern ist unzerstörbar ist kein klassisches autobiografisches Buch, sondern das Ergebnis eines kollektiven Gesprächsprozesses. Das Buch entstand aus einem langfristigen Austausch zwischen Monika Berberich und dem Colectivo Preguntando. Das Ziel war nicht, eine abgeschlossene Lebensgeschichte zu erzählen, sondern der Wunsch, Fragen zu stellen, Widersprüche auszuhalten und gemeinsam zu verstehen, „warum sie so gelebt hat, wie sie es getan hat“. Diese dialogische Anlage prägt das gesamte Buch. Die Kapitel folgen keiner glatten, linearen Erzählung, sondern dokumentieren Gespräche mit all ihren Brüchen: Gedankensprünge, Wiederholungen, offene Fragen und unterschiedliche Perspektiven bleiben bewusst stehen.

Die Gespräche zeigen, wie sich Perspektiven über die Zeit verschieben können. Moni, RAF-Militante erster Stunde, die erfolgreich aus dem Knast ausgebrochen war und Andreas Baader mitbefreit hat, spricht über den Kern von Revolutionär_innen. Viele Teile des Buches widmen sich der Entwicklung des revolutionären Bewusstseins im Knast, was sich als äusserst authentisch und lehrreich herausstellt, da die Befragte 18 Jahre im Knast war und davon mehrere Monate in Isolationshaft.

Es entsteht eine ungewöhnlich dichte Verbindung von persönlicher Biografie, politischer Geschichte und gegenwärtiger Reflexion. Gleichzeitig fordert diese Form auch heraus. Wer eine klare Einordnung oder eine stringente Erzählung erwartet, wird möglicherweise irritiert sein.



A.M. Gittlitz: I want to believe – Posadism, UFOs and Apocalypse Communism

Der New Yorker Journalist A.M. Gittlitz, der unter anderem für die New York Times schreibt und den Podcast Antifada co-hostet, widmet sich in seinem Buch einer der exzentrischsten Strömungen des Trotzismus: dem Posadismus. Posadisten sehen einen nuklearen Weltkrieg als notwendig, um den Kapitalismus zu zerstören und den Sozialismus zu ermöglichen. Zudem vertreten sie die These, dass ausserirdische Zivilisationen sozialistisch organisiert sein könnten.

Juan Posadas zählte zu den prägenden Figuren des lateinamerikanischen Trotzismus. Er leitete das Lateinamerikabüro der Vierten Internationale, bevor er sich 1962 abgespaltete und mit seinen Anhänger_innen eine eigene Posadistische Vierte Internationale gründete, welche bis heute Sektionen unter anderem in Frankreich und Grossbritannien hat.

Lange nach Posadas Tod 1981 wurden sein Name und seine absurden Theorien durch diverse Meme-Accounts online wiederbelebt, und fanden so Zugang zu einem jungen Publikum, welches sich durch Humor mit Posadas auseinandersetzen begann. Dieses plötzliche Wiederauftreten vom Posadismus motivierte A.M. Gittlitz, sich mit J. Posadas und dessen Bewegung zu beschäftigen.

«I want to believe» ist zu Beginn eine Biografie eines Kinds der Arbeiter_innenklasse aus Buenos Aires, welches die gescheiterte Revolution der Semana Trágica von 1919 hautnah miterlebte. Es erzählt, wie J. Posadas sich als Gewerkschafter in der Arbeiter_innenbewegung hocharbeitete und sich später in den intellektuellen Zirkeln der trotzkistischen Liga einen Namen machen konnte. Gittlitz zeichnet die Geschichte eines brodelnden amerikanischen Kontinents der Nachkriegszeit nach, anhand der Verstrickungen Posadas und seiner Bewegung in die verschiedenen Revolutionen und Konflikte der Zeit.

Nach dem Ausbleiben der Weltrevolution und dem sinkenden Einfluss des Trotzismus in Latein Amerika wurde Posadas Kreis immer kleiner und die sektiererischen Elemente des Posadismus traten hervor. Gittlitz beschreibt, wie Militante der Posadistischen Vierten Internationalen einem strengen asketischen Regime unterlagen, mit unter anderem einem Verbot von nicht-reproduktivem Sex. In dieser Zeit entstanden auch J. Posadas absurde Texte. Darin befasste er sich unter anderem mit der Theorie, dass ausserirdische Gesellschaften auf die Sozialistische Weltrevolution warten, um uns in ihre Gesellschaft aufzunehmen oder sie uns helfen wollen ebendiese Revolution zu erzielen.

Das Buch nähert sich einer der absurden Ecken der sozialistischen Bewegung auf eine humorvolle Art, ohne sich darüber lustig zu machen. Es versucht die Posadisten in die Bewegungen ihrer Zeit einzubetten. Eine Leseempfehlung für alle Genoss_innen ohne Berührungsängste mit Grottesken.



Roter Sessel – Stimmen von Postbot:innen

«Ich weiss, wann ich mit der Arbeit anfangen, aber nie, wann ich mit der Arbeit fertig bin». Dies ist nur eine von vielen Aussagen von vier Pöstler_innen, welche im Kurzfilm von Aynur Demir auf einem roten Sessel zu Wort kommen. Yvonne Krebs, Barbara Bettosini, João Moreira und Victor Perez erzählen unverblümt über ihre Lebensrealität als Angestellte in der Zustellung bei der Schweizerischen Post, über den Arbeitsinhalt, Leistungsdruck, Personalmangel, schlechte Arbeitsorganisation, ständige Überstunden, tiefe Löhne, zunehmende körperliche und mentale Erschöpfung, Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und über den Wunsch nach Mitbestimmung in der Betriebsorganisation. Damit verbunden äussern sich alle vier Protagonist_innen zur Notwendigkeit von gemeinsamen Kämpfen im Betrieb für Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen. Die Parole «Gemeinsam sind wir stark!» ist verinnerlichter Ausdruck der Dringlichkeit nach kollektiver betrieblicher Gegenmacht.

Aynur Demir, Regionalsekretärin Logistik bei der Gewerkschaft Syndicom und ehemalige Filmschaffende, sah in dem Filmprojekt eine Chance, die Anliegen der Zusteller_innen der Schweizerischen Post aus ihrer eigenen Perspektive im Sinne von gewerkschaftlicher Öffentlichkeitsarbeit sichtbar zu machen. Sie lässt die vier Pöstler_innen bewusst frei, ohne Vorgaben, über ihre Realität sprechen. Erst im Schnitt wurde deutlich, wie fest sich ihre Aussagen mit den eigenen Erfahrungen überschneiden. Es wird den Zusehenden schnell klar, dass es nicht um individuelle Probleme handelt. Denn die einschneidenden Folgen der Arbeitsbedingungen in der Zustellung sind Ausdruck der Prekarisierung der mit der kapitalistischen Produktionsweise verbundenen Entwicklung in der Distributionslogistik.

Der Film ermöglicht einen äusserst authentischen Einblick in die Lebensrealität tausender in der Zustellung arbeitenden Pöstler_innen in der Schweiz. An der Erstaufführung im Rahmen der roten Kulturtag im Herbst 2025 in Zürich waren nicht nur die vier sehr sympathischen Pöstler_innen anwesend, sondern auch viele ihrer Kolleg_innen. Alle fühlten sich durch die Aussagen im Film endlich gehört und verstanden und es entstand ein angeregter Austausch unter ihnen. Es braucht auch Mut, sich als Pöstler_in in der Öffentlichkeit zu exponieren und Kritik an der Post zu äussern. Die sich wiederholenden Forderungen nach betrieblicher Mitbestimmung gibt auch uns Kommunist_innen etwas Hoffnung, dass der Sozialismus im proletarischen Alltagsbewusstsein angelegt zu sein scheint.

Der Film ist auf rotersessel.ch frei verfügbar.

AUSSTELLUNG

«Wir Saisonniers...»

Nachdem die Ausstellung über die Geschichte der Saisonniers in der Schweiz zuerst in Genf und Biel gezeigt wurde, hat «histoire publique» die Ausstellung nach Zürich (26.3.-21.6.2026, Photobastei) geholt und für die Region Zürich adaptiert. Wir konnten mit ihnen sprechen.

(az) Ihr habt die Ausstellung zum Thema Saisonniers nach Zürich geholt und für diese Region aktualisiert. Weshalb?

histoire publique: Historische Zusammenhänge zu kennen, trägt dazu bei, gegenwärtige Entwicklungen einordnen zu können. Mit der Abschaffung des Saisonnierstatuts sind ungesicherter Aufenthaltsstatus, prekäre Arbeitsbedingungen und Diskriminierung nicht verschwunden: Seit das Saisonnierstatut mit der Einführung der Personenfreizügigkeit (2002) abgeschafft wurde, wird es von rechts-konservativen Kreisen immer wieder zurückgefordert. Aktuelle politische Vorstösse, etwa Initiativen zur Begrenzung der Wohnbevölkerung, knüpfen an frühere «Überfremdungs»-Diskurse und Initiativen, wie die so genannte Schwarzenbach-Initiative an. Besonders dramatisch ist die Einschränkung des Familiennachzugs. Historisch führte dies zu grossem Leid: Zwischen 1949 und 1975 lebten schätzungsweise 50'000 Kinder illegalisiert in der Schweiz versteckt bei ihren Eltern, und ein paar Hunderttausend getrennt von den Eltern im Ausland.

Das betraf und betrifft die ganze Schweiz und darum fanden wir es wichtig, die Ausstellung in die Deutschschweiz zu holen und adaptieren.

Das Saisonnierstatut, was war das?

Das sog. Saisonnierstatut (Aufenthaltsbewilligung A) war Teil des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG). Es regelte von 1934 bis 2002 den Kurzaufenthalt ausländischer Arbeitskräfte und war stark von wirtschaftlichen Interessen geprägt: Arbeitgeber konnten für wenige Monate günstige Arbeitskräfte beschäftigen, ohne dass diese sich dauerhaft niederlassen durften. Nach neun Monaten mussten die Arbeiterinnen und Arbeiter die Schweiz für drei Monate verlassen.

Die Betroffenen waren zahlreichen Einschränkungen unterworfen: kein Familiennachzug, kein Stellenwechsel während der Saison, prekäre Arbeitsbedingungen und Benachteiligungen bei Sozialversicherungen.

Zurück zur Ausstellung: Was wurde für die Zürcher Ausgabe angepasst?

Für Zürich haben wir gezielt Bilder und Archivalien mit regionalem Bezug ausgewählt. Zudem führten wir Interviews mit ehemaligen Saisonniers, einem früheren Gewerkschaftspräsidenten, der sich für die Abschaffung des Statuts einsetzte, sowie einer ehemaligen Sans-Papiers.

Wie ist die Ausstellung aufgebaut?

Die Ausstellung ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil – weitgehend aus den Versionen in Genf und Biel übernommen – bietet eine Tour d'Horizon zu Entstehung, Entwicklung und Abschaffung des Statuts. Thematisiert werden auch Abkommen mit Herkunftsstaaten, die die Bedingungen verbessern sollten. So brachte die Neuverhandlung mit Italien 1964 gewisse Fortschritte, etwa bei der Niederlassung, stiess jedoch auf breite Ablehnung. In der Folge entstanden Volksinitiativen zur Begrenzung der Einwanderung, darunter 1970 die von der «Nationalen Aktion» lancierte Schwarzenbach-Initiative, die in Zürich 45,1% Zustimmung erhielt und auch von vielen Gewerkschaftsmitgliedern unterstützt wurde.

Gleichzeitig formierte sich in den 1970er-Jahren Widerstand gegen das Saisonnierstatut – in Migrant_innen-



Italiener_innen bei der Einreise in Brig 1953

vereinigungen, Gewerkschaften, Kirchen und politischen Kreisen. Die «Mitenand-Initiative» (1981) scheiterte jedoch deutlich (Zürich: 18,1%). Abgeschafft wurde das Statut erst 2002 mit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Rahmen der «Bilateralen I».

Im zweiten Teil geht es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der vom Saisonnierstatut betroffenen Menschen. Thematisiert werden etwa die Anwerbung durch Patrons und Fabrikanten – so holte Gottfried Duttweiler mit der «Trentiner Aktion» (1946–1948) Arbeitskräfte aus Norditalien in die Schweiz. Behandelt werden Arbeit, Arbeitsbedingungen sowie Alltag und Leben ausserhalb der Arbeit. Wichtige Treffpunkte waren etwa das Langstrassenquartier mit der Libreria Italiana, dem Coopi, dem Punto d'Encuentro, der Marcelleria und Coiffeursalons. Ebenso geht es um die illegalisierten Kinder sowie um Diskriminierung und Rassismus, worüber heute kaum gesprochen wird: Saisonniers waren teils in Gaststätten und Bars unerwünscht, in Oberrieden gab es im öffentlichen Schwimmbad zeitweise separate Öffnungszeiten für sie.

Der dritte Teil der Ausstellung spannt den Bogen in unsere Gegenwart. Mittels Bild- und Videomaterial werden heutige prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen von illegalisierten Menschen thematisiert sowie aktuelle politische Vorstösse und Projekte vorgestellt.

Wer kam in die Schweiz und für welche Arbeiten?

Oft denkt man an Bauarbeiter aus Italien, Portugal oder dem ehemaligen Jugoslawien. Das greift jedoch zu kurz. Frauen sind weitgehend unsichtbar, obwohl sie in den ersten Nachkriegsjahren in der Überzahl waren. Sie wurden, wie bereits erwähnt, zunächst vor allem in Norditalien angeworben, um in Privathaushalten, in der Gastronomie, der Landwirtschaft oder der Textilindustrie rund um den Zürichsee zu arbeiten.

Allerdings ist uns aufgefallen, dass diese Frauen im Bewusstsein kaum präsent sind. Das greifen wir im Rahmenprogramm auf, am 13. Juni anlässlich der öffentlichen Führung «... und wo sind die Frauen?»

Wie waren die Lebensrealitäten der Saisonniers?

Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren häufig prekär. Viele lebten in beengten Unterkünften, waren sozial isoliert und rechtlich stark eingeschränkt. Gleichzeitig bewegten sie sich zwischen zwei Welten – der Schweiz als Arbeitsort und ihren Familien im Herkunftsland.

Ein Leben in Barackensiedlungen wie etwa im Leut-

schenbach, zwischen den Geleisen in Schlieren, an der Juchstrasse in Zürich-Altstetten heisst, leben in bedrückenden Verhältnissen, ohne Privatsphäre, am Stadtrand. Auch in Zürich wurden Baracken nach 2002 als Unterkunft für abgewiesene Flüchtlinge umfunktioniert, wie etwa jene an der Juchstrasse. Manche Unterkünfte hatten einen guten Ruf, andere waren in desolatem Zustand. Mitte der 1980er-Jahre griff die wöchentlich erscheinende Zeitschrift «Bau + Holz» der Gewerkschaft GBH (heute Teil der UNIA) mit der Rubrik «Schandbaracke» das Thema auf mit dem Ziel, die Situation zu verbessern. Selbst Wohnen bedeutete Abhängigkeit von Arbeitgebern, die zumeist die Behausungen nicht nur in Baracken, sondern auch in Scheunen, Kellerräumen etc. stellten.

Wie war das Verhältnis zu Arbeiter_innen mit Schweizer Staatsbürgerschaft?

In der Nachkriegszeit führte der Einsatz von zahlreichen Arbeiterinnen und Arbeiter zu Konflikten. Das Verhältnis war oft angespannt. Die Gewerkschaften standen ihnen anfangs feindlich gegenüber. Die meisten weigerten sich, den Arbeitsfrieden zu brechen und fürchteten sich vor kommunistischer Subversion. Sie waren in einer schwierigen Lage, einerseits wollten sie lokale Arbeitskräfte vor Lohndumping und Arbeitslosigkeit schützen, andererseits Werte innerhalb der Arbeiter_innenschaft wie Solidarität und Internationalismus hochhalten. Die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), allen voran Ezio Canonica, verstand aber bald, dass (Arbeits-)Migration kein vorübergehendes Phänomen war. Sie begann die ausländischen Arbeiter_innen gewerkschaftlich zu organisieren und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen.

Viele eingewanderte Arbeiter_innen galten als besonders kämpferisch. Stimmt das?

Ja, in vielen Fällen brachten sie eine stärkere Streik- und Protesterfahrung mit. Das zeigte sich etwa in Arbeitskämpfen wie dem Zürcher Gipserstreik von 1963. Damals legten etwa 1000 Gipser während 15 Wochen die Arbeit nieder. Unter den Streikenden befand sich auch eine beachtliche Zahl italienischer Saisonniers, darunter auch Mitglieder der kommunistischen Partei (PCI). Unmittelbar nach dem Streik, der verloren wurde, setzte die Repression gegen PCI-nahe Personen ein, die des Landes verwiesen oder mit Einreiseperrn belegt wurden. Von Solidarität fehlte damals jede Spur. Erst 1970, als spanische Saisonniers der Genfer Firma Murer die Arbeit niederlegten, entstand eine breite Solibewegung.

Zum Schluss: Ihr habt ein umfangreiches Rahmenprogramm.

Das Rahmenprogramm ist vielfältig und entsteht in Kooperation mit verschiedenen Partner_innen. Hervorheben möchten wir hier die «Living Libraries»: Gespräche mit Zeitzeug_innen an Orten, die für ihre Lebensgeschichte eine zentrale Rolle spielen. Und vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsinitiative die Veranstaltung «Recht auf Migration, Arbeit und Demokratie: Verein Vierviertel und UNIA Migration Zürich/Schaffhausen».

Die Ausstellung ist noch bis zum 21.6.2026 zu sehen. Weitere Infos: <https://www.photobastei.ch/site/activity-details?id=723> ren Jugendbücher «



IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agaf), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agi)

Redaktion und Vertrieb Schweiz: aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org **Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Buch am Platz, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Paranoia City, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.